Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2024/2030(DEC)

27.2.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 169

Entwurf eines Berichts
Erik Marquardt
(PE765.000v01-00)

Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Agenturen
(2024/2030(DEC))

Änderungsantrag 1
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2023 zu Frontex auf der Grundlage der Untersuchung der Frontex-Kontrollgruppe des LIBE-Ausschusses[1a],
	[1a] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0483_DE.pdf

Or. en

Änderungsantrag 2
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass es sich bei den Agenturen der EU[1] um gesonderte Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit handelt, die gegründet wurden, um spezifische technische und wissenschaftliche Aufgaben sowie Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, und damit dazu beitragen, die politischen Maßnahmen der EU-Organe zu gestalten und durchzuführen; in der Erwägung, dass sie ihren jeweiligen Sitz in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und erheblichen Einfluss in	A. in der Erwägung, dass es sich bei den Agenturen der EU[1] um gesonderte Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit handelt, die gegründet wurden, um spezifische technische und wissenschaftliche Aufgaben sowie Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, und damit dazu beitragen, die politischen Maßnahmen der EU-Organe zu gestalten und durchzuführen; in der Erwägung, dass sie ihren jeweiligen Sitz in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und erheblichen Einfluss in

Bereichen besitzen, die für den Alltag der europäischen Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung sind, wie Gesundheit, Sicherheit, Freiheit und Recht;	Bereichen besitzen, die für den Alltag der europäischen Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind, wie Gesundheit, Sicherheit, Freiheit und Recht; ***stellt jedoch fest, dass einige dieser Agenturen nicht in Bereichen tätig sind, die strikt in die Zuständigkeit der Union fallen, wie z. B. im Gesundheitsbereich, was gegen Artikel 168 AEUV verstößt;***
[1] Es gibt drei Arten von EU-Agenturen: dezentrale Agenturen, Exekutivunternehmen und sonstige Einrichtungen	[1] Es gibt drei Arten von EU-Agenturen: dezentrale Agenturen, Exekutivunternehmen und sonstige Einrichtungen

Or. fr

Änderungsantrag 3
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass in dieser Entschließung für jede Einrichtung gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 und die für die Euratom-Versorgungsagentur die horizontalen Bemerkungen zu den Entlastungsbeschlüssen gemäß Artikel 268 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 und Anlage V Artikel 3 der Geschäftsordnung des Parlaments dargelegt werden;	B. bedauert, dass in dieser Entschließung für jede Einrichtung gemäß Artikel 70 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 und für die Euratom-Versorgungsagentur die horizontalen Bemerkungen zu den Entlastungsbeschlüssen gemäß Artikel 268 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 und Anlage V Artikel 3 der Geschäftsordnung des Parlaments dargelegt werden; ***stellt fest, dass es daher weder möglich ist, jede Entlastung einzeln zu prüfen und die jeweiligen Themen zu ermitteln und aufzuzeigen noch sich zu jeder einzelnen Entlastung zu äußern, wodurch die Schlussabstimmung über diese Entschließung verzerrt wird; fordert, dass ab der Entlastung für das Haushaltsjahr 2024 sowohl im Haushaltskontrollausschuss als auch in den mitberatenden Ausschüssen zur***

Prüfung einzelner Entlastungen zurückgekehrt wird;

Or. fr

Änderungsantrag 4
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. hebt hervor, dass sich die dezentralen Agenturen der Union und die Euratom-Versorgungsagentur auf Aufgaben mit eindeutigem europäischem Mehrwert konzentrieren sollten und dass die Organisation dieser Aufgaben optimiert werden sollte, damit es – im Interesse der Steuerzahler der Union – nicht zu Überschneidungen kommt;	C. hebt hervor, dass sich die dezentralen Agenturen der Union und die Euratom-Versorgungsagentur auf Aufgaben mit eindeutigem europäischem Mehrwert konzentrieren sollten und dass die Organisation dieser Aufgaben optimiert werden sollte, damit es – im Interesse der Steuerzahler der Union – nicht zu Überschneidungen kommt***, wie sie im Bereich der Gesundheit bereits festgestellt wurden (im Falle des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, dessen Zuständigkeiten sich mit der Europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen der Europäischen Kommission überschneiden)***;

Or. fr

Änderungsantrag 5
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. hebt hervor, dass sich die dezentralen Agenturen der Union und die	C. hebt hervor, dass sich die dezentralen Agenturen der Union und die

Euratom-Versorgungsagentur auf Aufgaben mit eindeutigem europäischem Mehrwert konzentrieren sollten und dass die Organisation dieser Aufgaben optimiert werden sollte, damit es – im Interesse der Steuerzahler der Union – nicht zu Überschneidungen kommt;	Euratom-Versorgungsagentur auf Aufgaben mit eindeutigem europäischem Mehrwert konzentrieren sollten und dass die Organisation dieser Aufgaben optimiert werden sollte, damit es – im Interesse der Steuerzahler der Union – nicht zu Überschneidungen kommt; ***in der Erwägung, dass sich die dezentralen Agenturen der Union ausschließlich auf Aufgaben konzentrieren sollten, bei denen die Mitgliedstaaten nicht unabhängig handeln können, und dass ihre Existenz regelmäßig überprüft werden sollte, um eine Ausweitung des Verwaltungsaufwands und Ineffizienz zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 6
Tamás Deutsch, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass die Entlastungsbehörde im Rahmen des Entlastungsverfahrens das Ziel verfolgt, die große Bedeutung hervorzuheben, die der Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe der Union zukommt; in der Erwägung, dass dazu die Stärkung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht sowie die Umsetzung einer ergebnisorientierten Haushaltsplanung und die Sicherstellung einer verantwortungsvollen Personalverwaltung gehören;	D. in der Erwägung, dass die Entlastungsbehörde im Rahmen des Entlastungsverfahrens das Ziel verfolgt, die große Bedeutung hervorzuheben, die der Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe der Union zukommt; in der Erwägung, dass dazu die Stärkung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht sowie die Umsetzung einer ergebnisorientierten Haushaltsplanung und die Sicherstellung einer verantwortungsvollen Personalverwaltung gehören; ***betont, dass die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) nicht als politische Interessenvertretung fungieren darf, sondern sich strikt an ihr Mandat halten sollte; fordert eine Untersuchung der Ausgaben der Agentur für Tätigkeiten, mit denen unter dem Deckmantel der***

Menschenrechte politische Narrative gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 7
Tamás Deutsch, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass das Handeln der EU im Bereich der Haushaltskontrolle auf zwei Grundsätzen beruht, einerseits dafür zu sorgen, dass die Mittel der EU ordnungsgemäß verwendet werden, und andererseits die finanziellen Interessen der EU zu schützen und Betrug zu bekämpfen;	E. in der Erwägung, dass das Handeln der EU im Bereich der Haushaltskontrolle auf zwei Grundsätzen beruht, einerseits dafür zu sorgen, dass die Mittel der EU ordnungsgemäß verwendet werden, und andererseits die finanziellen Interessen der EU zu schützen und Betrug zu bekämpfen; ***betont, dass mit Migration befasste Agenturen wie die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) der Grenzsicherheit und dem Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger Vorrang einräumen müssen; lehnt jede Umwidmung von Mitteln zugunsten von Maßnahmen ab, mit denen die irreguläre Migration gefördert oder die nationalen Grenzkontrollen geschwächt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 8
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass das Handeln der EU im Bereich der Haushaltskontrolle	E. in der Erwägung, dass das Handeln der EU im Bereich der Haushaltskontrolle

auf zwei Grundsätzen beruht, einerseits dafür zu sorgen, dass die Mittel der EU ordnungsgemäß verwendet werden, und andererseits die finanziellen Interessen der EU zu schützen und Betrug zu bekämpfen;

auf zwei Grundsätzen beruht, einerseits dafür zu sorgen, dass die Mittel der EU ordnungsgemäß ***und auf transparente Weise*** verwendet werden, und andererseits die finanziellen Interessen der EU zu schützen und Betrug zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 9
Tamás Deutsch, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission 2012 eine „Gemeinsame Erklärung“[2] und ein umfassendes Bündel von Leitprinzipien – ein „Gemeinsames Konzept“ – angenommen haben, um für mehr Kohärenz, ein wirksameres Arbeiten und eine bessere Rechenschaftspflicht der Agenturen zu sorgen; in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, diese Vereinbarung gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Agenturen umzusetzen;	F. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission 2012 eine „Gemeinsame Erklärung“[2] und ein umfassendes Bündel von Leitprinzipien – ein „Gemeinsames Konzept“ – angenommen haben, um für mehr Kohärenz, ein wirksameres Arbeiten und eine bessere Rechenschaftspflicht der Agenturen zu sorgen; in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, diese Vereinbarung gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Agenturen umzusetzen; ***in der Erwägung, dass eine kritische Überprüfung der EU-Agenturen vorgenommen werden sollte, um Redundanzen zu beseitigen, sich überschneidende Funktionen zu konsolidieren und Arbeitsabläufe zu straffen, um sicherzustellen, dass keine Agentur nur zur Rechtfertigung ihrer eigenen Bürokratie existiert;***
[2] Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen vom Juli 2012.	[2] Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen vom Juli 2012.

Or. en

Änderungsantrag 10
Marit Maij, Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass der Direktor des EIT im Namen des Netzwerks der EU-Agenturen am 4. Dezember 2024 im Haushaltskontrollausschuss zugesagt hat, die verschiedenen Arten von Verträgen des bei den dezentralen Agenturen tätigen Reinigungspersonals zu untersuchen, einschließlich des Verhältnisses zwischen Langzeit- und Kurzzeitverträgen;

Or. en

Änderungsantrag 11
Tamás Deutsch, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist darauf hin, dass diese Entschließung 31 der 33 dezentralen Agenturen und zwei der sonstigen vier Einrichtungen, d. h. das Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und die Euratom-Versorgungsagentur (ESA), betrifft; betont, dass die Haushalts- und Entlastungsverfahren für zwei vollständig selbstfinanzierte dezentrale Agenturen, nämlich das Gemeinschaftliche Sortenamt (CPVO) und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), vom Verwaltungsrat des CPVO bzw. vom Haushaltsausschuss des EUIPO verwaltet werden und nicht Teil dieser Entschließung sind; stellt fest,	2. ***unterstreicht, dass die Finanzaufsicht über die EU-Agenturen verstärkt werden muss, um sicherzustellen, dass alle Ausgaben gerechtfertigt und kosteneffizient sind und nicht zu einer Überschneidung mit nationalen Maßnahmen führen; fordert eine Überprüfung der Finanzierungsmechanismen der Agenturen, um den Missbrauch von Steuergeldern für politisch motivierte Projekte zu verhindern;*** weist darauf hin, dass diese Entschließung 31 der 33 dezentralen Agenturen und zwei der sonstigen vier Einrichtungen, d. h. das Europäisches Innovations- und

dass ebenso das jährliche Haushalts- und Entlastungsverfahren des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) ausschließlich in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt;	Technologieinstitut (EIT) und die Euratom-Versorgungsagentur (ESA), betrifft; betont, dass die Haushalts- und Entlastungsverfahren für zwei vollständig selbstfinanzierte dezentrale Agenturen, nämlich das Gemeinschaftliche Sortenamt (CPVO) und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), vom Verwaltungsrat des CPVO bzw. vom Haushaltsausschuss des EUIPO verwaltet werden und nicht Teil dieser Entschließung sind; stellt fest, dass ebenso das jährliche Haushalts- und Entlastungsverfahren des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) ausschließlich in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt;

Or. en

Änderungsantrag 12
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist darauf hin, dass diese Entschließung 31 der 33 dezentralen Agenturen und zwei der sonstigen vier Einrichtungen, d. h. das Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und die Euratom-Versorgungsagentur (ESA), betrifft; betont, dass die Haushalts- und Entlastungsverfahren für zwei vollständig selbstfinanzierte dezentrale Agenturen, nämlich das Gemeinschaftliche Sortenamt (CPVO) und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), vom Verwaltungsrat des CPVO bzw. vom Haushaltsausschuss des EUIPO verwaltet werden und nicht Teil dieser Entschließung sind; stellt fest, dass ebenso das jährliche Haushalts- und Entlastungsverfahren des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) ausschließlich in die Zuständigkeit des	2. weist darauf hin, dass diese Entschließung 31 der 33 dezentralen Agenturen und zwei der sonstigen vier Einrichtungen, d. h. das Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und die Euratom-Versorgungsagentur (ESA), betrifft; betont, dass die Haushalts- und Entlastungsverfahren für zwei vollständig selbstfinanzierte dezentrale Agenturen, nämlich das Gemeinschaftliche Sortenamt (CPVO) und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), vom Verwaltungsrat des CPVO bzw. vom Haushaltsausschuss des EUIPO verwaltet werden und nicht Teil dieser Entschließung sind; stellt fest, dass ebenso das jährliche Haushalts- und Entlastungsverfahren des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) ausschließlich in die Zuständigkeit des

Ausschusses fällt;	Ausschusses fällt; ***ist davon überzeugt, dass die Zahl der Agenturen viel zu hoch ist, wodurch die Subsidiarität unterlaufen wird und Überschneidungen mit nationalen Zuständigkeiten entstehen;***

Or. en

Änderungsantrag 13
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. fordert Kosteneinsparungen durch weitreichende Zusammenlegungen und Schließungen unnötiger dezentraler Agenturen;

Or. en

Änderungsantrag 14
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass das Entlastungsverfahren wichtig ist, da es nicht nur eine Verpflichtung aus dem Vertrag darstellt, sondern auch Transparenz, Rechenschaftspflicht und einen offenen Dialog über die Finanzen der Union fördert und sicherstellen soll; stellt fest, dass es den Agenturen auch die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit vorzustellen und ihren Mehrwert für die Union und ihre Bürger aufzuzeigen; betont ferner, dass die Agenturen die vom Parlament versandten Fragebögen beantworten und von der Entlastungsbehörde zu öffentlichen	3. hebt hervor, dass das Entlastungsverfahren wichtig ist, da es nicht nur eine Verpflichtung aus dem Vertrag darstellt, sondern auch Transparenz, Rechenschaftspflicht und einen offenen Dialog über die Finanzen der Union fördert und sicherstellen soll; ***bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Entlastungen der Agenturen nicht mehr einzeln geprüft werden, um die funktionierenden und nicht funktionierenden Bereiche der Agenturen besser zu ermitteln und sich zu jedem einzelnen Bereich zu äußern, wodurch die***

Anhörungen eingeladen werden und dass somit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Beteiligten die Möglichkeit gegeben wird, die Sitzungen zu verfolgen und sich zu vergewissern, dass die Einnahmen und Ausgaben mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Einklang stehen;

Schlussabstimmung über diese Entschließung verzerrt wird; stellt fest, dass es den Agenturen auch die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit vorzustellen und ihren Mehrwert für die Union und ihre Bürger aufzuzeigen; betont ferner, dass die Agenturen die vom Parlament versandten Fragebögen beantworten und von der Entlastungsbehörde zu öffentlichen Anhörungen eingeladen werden und dass somit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Beteiligten die Möglichkeit gegeben wird, die Sitzungen zu verfolgen und sich zu vergewissern, dass die Einnahmen und Ausgaben mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Einklang stehen;

Or. fr

Änderungsantrag 15
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass das Entlastungsverfahren wichtig ist, da es nicht nur eine Verpflichtung aus dem Vertrag darstellt, sondern auch Transparenz, Rechenschaftspflicht und einen offenen Dialog über die Finanzen der Union fördert und sicherstellen soll; stellt fest, dass es den Agenturen auch die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit vorzustellen und ihren Mehrwert für die Union und ihre Bürger aufzuzeigen; betont ferner, dass die Agenturen die vom Parlament versandten Fragebögen beantworten und von der Entlastungsbehörde zu öffentlichen Anhörungen eingeladen werden und dass somit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Beteiligten die	3. hebt hervor, dass das Entlastungsverfahren wichtig ist, da es nicht nur eine Verpflichtung aus dem Vertrag darstellt, sondern auch Transparenz, Rechenschaftspflicht und einen offenen Dialog über die Finanzen der Union fördert und sicherstellen soll; stellt fest, dass es den Agenturen auch die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit vorzustellen und ihren Mehrwert für die Union und ihre Bürger aufzuzeigen; betont ferner, dass die Agenturen die vom Parlament versandten Fragebögen beantworten und von der Entlastungsbehörde zu öffentlichen Anhörungen eingeladen werden und dass somit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Beteiligten die

Möglichkeit gegeben wird, die Sitzungen zu verfolgen und sich zu vergewissern, dass die Einnahmen und Ausgaben mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Einklang stehen;	Möglichkeit gegeben wird, die Sitzungen zu verfolgen und sich zu vergewissern, dass die Einnahmen und Ausgaben mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Einklang stehen; ***ist empört darüber, dass sämtliche Entlastungen der dezentralen Agenturen in einem Bericht zusammengefasst wurden, was keinen Nutzen bringt;***

Or. en

Änderungsantrag 16
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist der Ansicht, dass das Konzept der Erteilung der Entlastung durch eine interne Entlastungsstelle wie im Fall des EUIPO, des CPVO und des SRB zu einem Interessenkonflikt führen könnte; ist der Ansicht, dass die vom Parlament erteilte Entlastung das potenzielle Auftreten von Interessenkonflikten ***verhindert*** und zur Transparenz und zum öffentlichen Ansehen der Agenturen beiträgt;	4. ist der Ansicht, dass das Konzept der Erteilung der Entlastung durch eine interne Entlastungsstelle wie im Fall des EUIPO, des CPVO und des SRB zu einem Interessenkonflikt führen könnte; ist der Ansicht, dass die vom Parlament erteilte Entlastung das potenzielle Auftreten von Interessenkonflikten ***minimiert*** und zur Transparenz und zum öffentlichen Ansehen der Agenturen beiträgt;

Or. fr

Änderungsantrag 17
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. ist der Ansicht, dass die derzeitige Architektur der Agenturen der Europäischen Union Doppelarbeit und sich überschneidende Mandate mit sich

bringt; ist der Ansicht, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der Senkung der Verwaltungskosten und der Vereinfachung spielen muss, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die öffentliche Verwaltung der EU zu straffen; empfiehlt zu prüfen, wie ein Reformpaket nach dem Vorbild des DOGE (Department of Government Efficiency) umgesetzt werden könnte und wie es die Effizienz der Verwaltung der Europäischen Union und ihrer Agenturen verbessern könnte;

Or. en

Änderungsantrag 18
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass mit der Einrichtung oder dem Ausbau von Agenturen der EU zwar die Fähigkeiten der Union gestärkt werden sollen, jedoch unbedingt sichergestellt werden muss, dass dieser Prozess von gründlichen Bewertungen, Folgenabschätzungen und einem klaren Nachweis des Mehrwerts geleitet wird; betont, dass ein solches Vorgehen nicht nur eine bessere Regulierungsarbeit sicherstellen, sondern auch die Wirksamkeit, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Kohärenz des institutionellen Gefüges der Union verbessern würde;	7. weist darauf hin, dass mit der Einrichtung oder dem Ausbau von Agenturen der EU zwar die Fähigkeiten der Union gestärkt werden sollen, jedoch unbedingt sichergestellt werden muss, dass dieser Prozess von gründlichen Bewertungen, Folgenabschätzungen und einem klaren Nachweis des Mehrwerts geleitet wird***, damit daraus Lehren gezogen und erforderlichenfalls die Beendigung ihres Mandats in Betracht gezogen werden kann***; betont, dass ein solches Vorgehen nicht nur eine bessere Regulierungsarbeit sicherstellen, sondern auch die Wirksamkeit, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Kohärenz des institutionellen Gefüges der Union verbessern würde;

Or. fr

Änderungsantrag 19
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. bedauert, dass sich der Gesamthaushalt der Agenturen (dezentrale Agenturen, Exekutivagenturen und Einrichtungen der Union) in zehn Jahren mehr als verdoppelt hat und sich 2023 auf 4,7 Mrd. EUR belief (gegenüber 4,5 Mrd. EUR im Jahr 2022); ist besorgt darüber, dass bei vier Agenturen – EIT, eu-LISA, ELA und ENISA – die Fehlerquote zwischen 3,2 % und 4,1 % liegt, womit mehr als 28 Mio. EUR von diesen Fehlern betroffen sind, was hinsichtlich der Richtigkeit der Rechnungsführung bei der Verwendung öffentlicher Mittel, aber auch vor dem Hintergrund der hohen Anzahl an Agenturen nach wie vor problematisch ist; stellt fest, dass für das EIT nicht förderfähige Kosten festgestellt wurden, und fordert, dass solche Fälle nicht wieder vorkommen;

Or. fr

Änderungsantrag 20
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. weist auf die die Erklärung von Budapest zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit hin, mit dem Europa in den Bereichen Forschung und Innovation an die Weltspitze gebracht werden soll,

insbesondere bei bahnbrechenden Technologien, und das Ziel erreicht werden soll, bis 2030 drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben; fordert die Agenturen auf, Wege zu finden, um diese Ziele zu fördern und an den Veränderungen mitzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 21
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. weist darauf hin, dass der Mehrwert der Agenturen weiter gesteigert werden kann, wenn sich die EU-Organe vorrangig auf die Kenntnisse und das Fachwissen der Agenturen der EU stützen, anstatt in bestimmten Fällen auf externe Auftragnehmer zurückzugreifen;

Or. en

Änderungsantrag 22
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 7 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7b. fordert das Parlament auf, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Mitteln voll und ganz dafür einzusetzen, den Frieden zu fördern und den Krieg in der Ukraine so bald wie möglich zu beenden sowie den Frieden zu bewahren und die europäische Sicherheit zu stärken; ist der Überzeugung, dass es keine militärische Lösung für den

Konflikt gibt und dass Frieden die einzige tragfähige und nachhaltige Lösung ist;

Or. en

Änderungsantrag 23
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. weist darauf hin, dass nach Ziffer 60 des Gemeinsamen Konzepts jede Agentur der EU alle fünf Jahre einer Evaluierung unterzogen werden sollte; stellt fest, dass die Kommission die Evaluierung veranlassen und bei jeder zweiten Evaluierung die Auslauf-/Revisionsklausel zum Tragen kommen sollte; schließt sich der Empfehlung des Rechnungshofs im Sonderbericht 22/2020[3] an, in dem der Kommission empfohlen wird, im Rahmen der Eignungsprüfungen, denen die Kommission die verschiedenen Politikbereiche unterzieht, verstärkt von bereichsübergreifende Evaluierungen von Agenturen Gebrauch machen; fordert darüber hinaus, dass die Evaluierungsergebnisse verwendet werden, um Synergieeffekte und mögliche Änderungen, einschließlich ***Zusammenlegungen***, zu ***ermitteln*** und ***gegebenenfalls Gesetzgebungsvorschläge auszuarbeiten, um*** bei Bedarf ***auf Veränderungen reagieren zu*** können;	8. weist darauf hin, dass nach Ziffer 60 des Gemeinsamen Konzepts jede Agentur der EU alle fünf Jahre einer Evaluierung unterzogen werden sollte; stellt fest, dass die Kommission die Evaluierung veranlassen und bei jeder zweiten Evaluierung die Auslauf-/Revisionsklausel zum Tragen kommen sollte; schließt sich der Empfehlung des Rechnungshofs im Sonderbericht 22/2020[3] an, in dem der Kommission empfohlen wird, im Rahmen der Eignungsprüfungen, denen die Kommission die verschiedenen Politikbereiche unterzieht, verstärkt von bereichsübergreifende Evaluierungen von Agenturen Gebrauch machen; fordert darüber hinaus, dass die Evaluierungsergebnisse verwendet werden, um Synergieeffekte und mögliche Änderungen ***zu ermitteln***, einschließlich ***der Zusammenlegung von Agenturen, wo dies angebracht ist***, ***um die Effizienz*** zu ***verbessern*** und ***Überschneidungen zu beseitigen; bei solchen Evaluierungen sollte bei Bedarf auch geprüft werden, wie die Verwaltungsstrukturen verbessert werden können, ohne die Effizienz der Agenturen zu beeinträchtigen;***
[3] Die Zukunft der EU-Agenturen – Flexibilität und Zusammenarbeit könnten verstärkt werden, https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocu	[3] Die Zukunft der EU-Agenturen – Flexibilität und Zusammenarbeit könnten verstärkt werden, https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocu

ments/SR20_22/SR_Future_of_EU_Agencies_DE.pdf/.

ments/SR20_22/SR_Future_of_EU_Agencies_DE.pdf/.

Or. en

Änderungsantrag 24
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. weist darauf hin, dass nach Ziffer 60 des Gemeinsamen Konzepts jede Agentur der EU alle fünf Jahre einer Evaluierung unterzogen werden sollte; stellt fest, dass die Kommission die Evaluierung veranlassen und bei jeder zweiten Evaluierung die Auslauf-/Revisionsklausel zum Tragen kommen sollte; schließt sich der Empfehlung des Rechnungshofs im Sonderbericht 22/2020[3] an, in dem der Kommission empfohlen wird, im Rahmen der Eignungsprüfungen, denen die Kommission die verschiedenen Politikbereiche unterzieht, verstärkt von bereichsübergreifende Evaluierungen von Agenturen Gebrauch machen; fordert darüber hinaus, dass die Evaluierungsergebnisse verwendet werden, um Synergieeffekte und mögliche Änderungen, einschließlich Zusammenlegungen, zu ermitteln und ***gegebenenfalls*** Gesetzgebungsvorschläge auszuarbeiten, um bei Bedarf auf Veränderungen reagieren zu können;	8. weist darauf hin, dass nach Ziffer 60 des Gemeinsamen Konzepts jede Agentur der EU alle fünf Jahre einer Evaluierung unterzogen werden sollte; stellt fest, dass die Kommission die Evaluierung veranlassen und bei jeder zweiten Evaluierung die Auslauf-/Revisionsklausel zum Tragen kommen sollte; schließt sich der Empfehlung des Rechnungshofs im Sonderbericht 22/2020[3] an, in dem der Kommission empfohlen wird, im Rahmen der Eignungsprüfungen, denen die Kommission die verschiedenen Politikbereiche unterzieht, verstärkt von bereichsübergreifende Evaluierungen von Agenturen Gebrauch machen; fordert darüber hinaus, dass die Evaluierungsergebnisse***, die auch auf den Berichten des Europäischen Rechnungshofs beruhen,*** verwendet werden, um Synergieeffekte und mögliche Änderungen, einschließlich Zusammenlegungen, zu ermitteln und ***erforderlichenfalls*** Gesetzgebungsvorschläge auszuarbeiten, um bei Bedarf auf Veränderungen reagieren zu können ***oder sogar die Beendigung des Mandats einiger Agenturen in Betracht zu ziehen***;
[3] Die Zukunft der EU-Agenturen – Flexibilität und Zusammenarbeit könnten verstärkt werden,	[3] Die Zukunft der EU-Agenturen – Flexibilität und Zusammenarbeit könnten verstärkt werden,

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_22/SR_Future_of_EU_Agencies_DE.pdf/.	https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_22/SR_Future_of_EU_Agencies_DE.pdf/.

Or. fr

Änderungsantrag 25
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. weist erneut auf die Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit hin, in der ein Weg für einen revolutionären Vereinfachungsprozess aufgezeigt wurde, mit dem für einen klaren, einfachen und intelligenten Regelungsrahmen für Unternehmen gesorgt und der Verwaltungs-, Regulierungs- und Meldeaufwand, insbesondere für KMU, drastisch verringert wird, wobei durch eine Vereinfachung und eine Erhöhung der Wirksamkeit bestehender Vorschriften der Schutz der finanziellen Interessen der Union erleichtert und gestärkt werden könnte; durch die Anwendung dieser Grundsätze könnte die Arbeit und Funktionsweise der Agenturen verbessert werden;

Or. en

Änderungsantrag 26
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

8a. weist auf die zunehmende Verwirrung hin, die sich aus der Vielzahl von Fällen ergibt, in denen die Namen und Akronyme der Agenturen entweder identisch oder fast identisch sind; fordert die jeweiligen Stellen auf, eine Namensänderung in Erwägung zu ziehen, damit die einzelnen Agenturen klar voneinander unterschieden werden können;

Or. en

Änderungsantrag 27
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. ist der Ansicht, dass die Haushaltseffizienz für das Funktionieren der Agenturen von entscheidender Bedeutung ist und dass zur Maximierung der Wirksamkeit und der Einsparungen weitere Synergieeffekte und bei Agenturen mit einander ergänzenden Tätigkeiten eine Konsolidierung dieser Tätigkeiten geprüft werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 28
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach das Ziel der EU und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen darin besteht, den

Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 29
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. bekräftigt, dass das Mandat aller Agenturen, die zur Stärkung der Sicherheit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger beitragen, d. h. Frontex, Europol und Eurojust, sowohl in Bezug auf die Vorrechte als auch auf die Ressourcen gestärkt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 30
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 8 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8c. fordert, dass die EU es unterlässt, aus dem EU-Haushalt irreguläre Migration und linksgerichtete progressive Medien zu finanzieren, die die Souveränität der Mitgliedstaaten angreifen, und die Verbreitung von Wokeness- und Kriegspropaganda zu fördern; fordert in diesem Zusammenhang, dass sowohl die unmittelbare als auch die mittelbare Unterstützung über nichtstaatliche Organisationen eingestellt wird und dass

weder von der Kommission noch von ihren Agenturen Mittel zur Förderung der unlauteren politischen Agenda der Kommission verwendet werden;

Or. en

Änderungsantrag 31
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. weist darauf hin, dass das Gemeinsame Konzept[4] einen Überblick über die Leitungsstruktur der dezentralen Agenturen bietet; weist darauf hin, dass im Gemeinsamen Konzept vorgeschlagen wird, dass sich der Verwaltungsrat aus je einem Vertreter aus jedem Mitgliedstaat, zwei Vertretern der Kommission, (gegebenenfalls) einem vom Europäischen Parlament benannten Mitglied und einer „relativ begrenzten" Zahl von Vertretern der Interessenträger (sofern vorhanden) zusammensetzt;	9. weist darauf hin, dass das Gemeinsame Konzept[4] einen Überblick über die Leitungsstruktur der dezentralen Agenturen bietet; weist darauf hin, dass im Gemeinsamen Konzept vorgeschlagen wird, dass sich der Verwaltungsrat aus je einem Vertreter aus jedem Mitgliedstaat, zwei Vertretern der Kommission, (gegebenenfalls) einem vom Europäischen Parlament benannten Mitglied und einer „relativ begrenzten" Zahl von Vertretern der Interessenträger (sofern vorhanden) zusammensetzt; ***betont, dass bei der Auswahl der Vertreter der Interessengruppen für Transparenz gesorgt und sichergestellt werden muss, dass sie ein breites Spektrum von Interessen abbilden;***
[4] Das Gemeinsame Konzept ist zwar nicht rechtsverbindlich, die Organe haben aber vereinbart, es bei Entscheidungen über die dezentralen Agenturen zu berücksichtigen.	[4] Das Gemeinsame Konzept ist zwar nicht rechtsverbindlich, die Organe haben aber vereinbart, es bei Entscheidungen über die dezentralen Agenturen zu berücksichtigen.

Or. en

Änderungsantrag 32
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. weist darauf hin, dass die Verwaltungsräte aller dezentralen Agenturen eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, eine verantwortungsvolle Verwaltungstätigkeit und Rechenschaftspflicht sicherzustellen; betont, dass es wichtig ist, innerhalb der Agenturen ein sicheres und respektvolles Arbeitsumfeld zu fördern; betont, dass alle Mitglieder der Verwaltungsräte zu Beginn ihres Mandats zwingend vorgeschriebene Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung absolvieren sollten und dass diese Schulungen alle fünf Jahre aufgefrischt werden sollten, um eine kontinuierliche Sensibilisierung und die Einhaltung bewährter Verfahren im Einklang mit den Vorschriften der anderen Organe und insbesondere des Europäischen Parlaments sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 33
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. ist der Ansicht, dass es sich hierbei um eine bloße Beschreibung und nicht um einen Entlastungsbericht handelt;

Or. en

Änderungsantrag 34
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt die Schlussfolgerungen der Evaluierung von Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA in Bezug auf die trilaterale Governance-Struktur (Eurofound, Cedefop und EU-OSHA) zur Kenntnis; stellt fest, dass die trilaterale Struktur Vorteile im Hinblick auf etwa die Vertretung, die strategische Ausrichtung und den Wissensaustausch bietet, die Größe und Verschiedenartigkeit der Verwaltungsräte jedoch Probleme mit sich bringen, wenn es darum geht, Kompromisse bei zentralen Geschäfts- und Verwaltungsentscheidungen zu erzielen; weist darauf hin, dass bei der Evaluierung alternative Modelle für Leitungsstrukturen geprüft wurden, um die Sozialpartner effizienter einzubeziehen, wobei der Schwerpunkt auf der Kostensenkung durch hybride Sitzungen lag; hebt hervor, dass bei der Evaluierung festgestellt wurde, dass das Fachwissen der Beteiligten zwar äußerst wichtig ist, die Erprobung anderer Modelle jedoch ebenso wirksame und effizientere Möglichkeiten zur Einbeziehung der Beteiligten bieten könnte[7];	12. nimmt die Schlussfolgerungen der Evaluierung von Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA in Bezug auf die trilaterale Governance-Struktur (Eurofound, Cedefop und EU-OSHA) zur Kenntnis; stellt fest, dass die trilaterale Struktur Vorteile im Hinblick auf etwa die Vertretung, die strategische Ausrichtung und den Wissensaustausch bietet, die Größe und Verschiedenartigkeit der Verwaltungsräte jedoch Probleme mit sich bringen, wenn es darum geht, Kompromisse bei zentralen Geschäfts- und Verwaltungsentscheidungen zu erzielen; weist darauf hin, dass bei der Evaluierung alternative Modelle für Leitungsstrukturen geprüft wurden, um die Sozialpartner effizienter einzubeziehen, wobei der Schwerpunkt auf der Kostensenkung durch hybride Sitzungen lag; hebt hervor, dass bei der Evaluierung festgestellt wurde, dass das Fachwissen der Beteiligten zwar äußerst wichtig ist, die Erprobung anderer Modelle jedoch ebenso wirksame und effizientere Möglichkeiten zur Einbeziehung der Beteiligten bieten könnte[7]; ***unterstreicht das erhöhte Potenzial für Einsparungen und Synergieeffekte bei den Tätigkeiten dieser Agenturen;***
[7] Evaluation of EU Agencies: Eurofound, Cedefop, ETF and EU-OSHA SWD(2024)0222, S. 66.	[7] Evaluation of EU Agencies: Eurofound, Cedefop, ETF and EU-OSHA SWD(2024)0222, S. 66.

Or. en

Änderungsantrag 35
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. nimmt die Ergebnisse der zweiten unabhängigen Evaluierung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) und den anschließenden Vorschlag des Verwaltungsrats zur Kenntnis, die Zusammensetzung des Verwaltungsrats zu überdenken und einen Exekutivausschuss einzurichten, in dem alle Mitgliedstaaten der EU vertreten sind, sowie einen Exekutivausschuss des Verwaltungsrats zu schaffen, der sich auf den derzeitigen Ständigen Ausschuss stützt und dazu beitragen würde, den Entscheidungsfindungsprozess im EIGE zu straffen und die Effizienz und Effektivität zu steigern[8];	***entfällt***

[8] Schreiben an die GD Justiz vom Februar 2024, Betreff: Unterstützung der Kommission durch den Verwaltungsrat im Anschluss an die zweite externe Bewertung des EIGE.

Or. en

Änderungsantrag 36
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. nimmt die Ergebnisse der zweiten unabhängigen Evaluierung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) und den anschließenden Vorschlag des Verwaltungsrats zur Kenntnis, die Zusammensetzung des Verwaltungsrats zu	13. nimmt die Ergebnisse der zweiten unabhängigen Evaluierung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) und den anschließenden Vorschlag des Verwaltungsrats zur Kenntnis, die Zusammensetzung des Verwaltungsrats zu

überdenken und einen Exekutivausschuss einzurichten, in dem alle Mitgliedstaaten der EU vertreten sind, sowie einen Exekutivausschuss des Verwaltungsrats zu schaffen, der sich auf den derzeitigen Ständigen Ausschuss stützt und dazu beitragen würde, den Entscheidungsfindungsprozess im EIGE zu straffen und die Effizienz und Effektivität zu steigern[8];

überdenken und einen Exekutivausschuss einzurichten, in dem alle Mitgliedstaaten der EU vertreten sind, sowie einen Exekutivausschuss des Verwaltungsrats zu schaffen, der sich auf den derzeitigen Ständigen Ausschuss stützt und dazu beitragen würde, den Entscheidungsfindungsprozess im EIGE zu straffen und die Effizienz und Effektivität zu steigern ***und erkennt die Fortschritte an, die in den Agenturen im Hinblick auf eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern innerhalb ihres Personals erzielt wurden; fordert verstärkte Bemühungen, um auf der höheren Führungsebene für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu sorgen und die Gleichstellung der Geschlechter systematisch in alle Strategien, Verfahren und Tätigkeiten der Agenturen zu integrieren[8];***

[8] Schreiben an die GD Justiz vom Februar 2024, ***Betreff: Unterstützung der Kommission durch den Verwaltungsrat im Anschluss an die zweite externe Bewertung des EIGE.***

[8] Schreiben an die GD Justiz vom Februar 2024, ***Betreff: Unterstützung der Kommission durch den Verwaltungsrat im Anschluss an die zweite externe Bewertung des EIGE.***

Or. en

Änderungsantrag 37
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 14 – Einleitung

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. nimmt die Schlussfolgerungen des im Februar 2024 veröffentlichten Berichts über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex), einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve, und die darin enthaltenen Erkenntnisse zur Kenntnis, wonach die Verordnung ihren	14. nimmt die Schlussfolgerungen des im Februar 2024 veröffentlichten Berichts über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex), einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve, und die darin enthaltenen Erkenntnisse zur Kenntnis, wonach die Verordnung ihren

Zweck erfüllt und in Bezug auf die Leitungsstruktur der Agentur hervorzuheben ist[9], dass	Zweck erfüllt;
[9] Quelle: Bericht über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache, einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve. 2.2.2024.	

Or. en

Änderungsantrag 38
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 14 – Einleitung

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. nimmt die Schlussfolgerungen des im Februar 2024 veröffentlichten Berichts über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex), einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve, und die darin enthaltenen Erkenntnisse zur Kenntnis, wonach die Verordnung ihren Zweck erfüllt und in Bezug auf die Leitungsstruktur der Agentur hervorzuheben ist[9], dass	14. nimmt die Schlussfolgerungen des im Februar 2024 veröffentlichten Berichts über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex), einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve, und die darin enthaltenen Erkenntnisse zur Kenntnis, wonach die Verordnung ihren Zweck erfüllt und in Bezug auf die Leitungsstruktur der Agentur hervorzuheben ist[9], dass
[9] Quelle: Bericht über die Bewertung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache, einschließlich einer Überprüfung der ständigen Reserve. 2.2.2024.	

Or. en

Änderungsantrag 39
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 14 – Spiegelstrich 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– es eine klare Aufgabenverteilung zwischen dem Verwaltungsrat und dem Exekutivdirektor gibt;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 40
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 14 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– es eine unzureichende Vertretung der für Rückführungen zuständigen Behörden im Verwaltungsrat gibt, da die Mitglieder in erster Linie von nationalen Grenzschutzbehörden stammen, die häufig nicht für Rückführungen zuständig sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 41
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 14 – Spiegelstrich 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– die interne Frontex-Leitung aufgrund von sich überschneidenden Zuständigkeiten und gelegentlich widersprüchlichen Ansätzen noch nicht vollumfänglich in der Lage ist, ihr Mandat von 2019 wirksam zu erfüllen[10]; stellt fest, dass diese Frage bei der Umsetzung der vom Verwaltungsrat im	***entfällt***

November 2023 angenommenen neuen Organisationsstruktur angegangen werden sollte; stellt fest, dass die wichtigsten Vorschläge die Konsolidierung strategischer Erkenntnisse und Koordinierungsfunktionen, die Dezentralisierung der Verwaltung zur Stärkung der Rechenschaftspflicht und die wirksame Umverteilung von Ressourcen umfassen;

---

*[10] **Beispiele hierfür sind die geteilte Verwaltung der ständigen Reserve in einer Reihe von Abteilungen und die Aufteilung der Abteilung Corporate Governance in zwei Abteilungen (Schaffung eines fragmentierten Ansatzes und von Unstimmigkeiten, wobei eine Abteilung für IKT, Finanzen und die andere für Humanressourcen, rechtliche Fragen und Auftragsvergabe zuständig ist).***

Or. en

Änderungsantrag 42
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. stellt mit großer Besorgnis fest, dass trotz der ergriffenen Maßnahmen schwerwiegende Grundrechtsverletzungen aus verschiedenen operativen Bereichen gemeldet wurden, in denen Frontex tätig ist, und bekräftigt, dass die Achtung der Grundsätze und Werte der Union die unabdingbare Voraussetzung dafür sein muss, dass sich Frontex zu einem gemeinsamen Einsatz mit einem Mitgliedstaat verpflichtet, wie in der

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2023 zu Frontex auf der Grundlage der Untersuchung der Frontex-Kontrollgruppe des LIBE-Ausschusses dargelegt; weist ferner darauf hin, dass die Agentur nach den beiden Schiffskatastrophen im Jahr 2023 – dem Schiffsunglück von Crotone und dem Untergang des Schiffs Adriana –, bei denen Frontex mittels Überwachung aus der Luft präsent war, angemessene Folgemaßnahmen ergreifen und Konsequenzen ziehen muss;

Or. en

Änderungsantrag 43
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. stellt fest, dass die Umsetzung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache zu administrativen Ineffizienzen geführt hat, wie im Bewertungsbericht zur Verordnung (EU) 2019/1896 hervorgehoben wurde; nimmt zur Kenntnis, dass die Mitgliedstaaten aufgrund komplexer Erstattungsverfahren für ihr bei Frontex eingesetztes Personal mit zusätzlichen Kosten und bürokratischen Hürden konfrontiert sind; ist der Ansicht, dass die Kommission angesichts des zunehmenden Verwaltungsaufwands für die Mitgliedstaaten nach Möglichkeiten suchen sollte, diese Verfahren zu vereinfachen;

Or. en

Änderungsantrag 44
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. hebt die Empfehlungen des Grundrechtsbeauftragten in seinem Jahresbericht 2023 hervor, insbesondere die Notwendigkeit, die Grundrechte und die für verschiedene Tätigkeitsbereiche und Aktivitäten von Frontex wie Screening, Befragung und Bestreifung geltenden Verfahrensgarantien zu stärken; hebt die Stellungnahmen des Grundrechtsbeauftragten hervor, insbesondere die Stellungnahme zu Bedenken in Bezug auf Grundrechte bei im Zusammenhang mit den von der Agentur bereitgestellten multifunktionalen Luftüberwachungsdiensten erfolgenden Meldungen an die staatlichen Stellen Libyens und die Stellungnahme zur Überwachung der Anwendung von Zwang; bringt seine tiefe Besorgnis über Fälle zum Ausdruck, in denen nationale Behörden nicht bereit waren, Zugang zu einschlägigen Daten zu Untersuchungszwecken zu gewähren oder Fällen nachzugehen oder in denen sie die Beteiligung von Beamten an mutmaßlichen Grundrechtsverletzungen in Abrede gestellt haben; betont, dass der Grundrechtsbeauftragte wiederholt auf das Problem hingewiesen hat, dass Fälle nicht gemeldet werden; fordert Frontex nachdrücklich auf, allen Empfehlungen aus den Jahresberichten des Grundrechtsbeauftragten nachzukommen und Folgemaßnahmen zu den Stellungnahmen des Grundrechtsbeauftragten zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. betont, dass übermäßige Bürokratie Ressourcen bindet, die effektiver eingesetzt werden könnten; bedauert, dass ein schwerfälliges Verwaltungssystem und unzureichende Erstattungssätze es den Mitgliedstaaten erschweren, den Personalbestand aufrechtzuerhalten und ihren nationalen Grenzschutzbedarf zu decken;

Or. en

Änderungsantrag 46
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];	***entfällt***

[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.

Or. en

Änderungsantrag 47
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];	15. bedauert und verurteilt das Vordringen der Ideologie politisch linksgerichteter nichtstaatlicher Organisationen, die von der Europäischen Kommission unterstützt werden und sich in den letzten Jahren durchgesetzt haben, wobei sie das mit der Kontrolle der Grundrechte betraute Personal aufgestockt und die Offiziere des Ständigen Korps (Frontex) in diesem Bereich geschult haben, wodurch die Agentur Frontex von ihrem Kernauftrag abgelenkt wird und manchmal sogar darin behindert wird; bedauert, dass sich die Ausgaben für die Dienstbezüge des Büros des Grundrechtsbeauftragen (Hauptsitz und Kontrolleure) im Jahr 2023 auf den beachtlichen Betrag von 4 367 527 EUR (plus 78 % in einem Jahr) beliefen und dass sich die Ausgaben für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Grundrechten im Jahr 2023 auf 105 083 EUR (plus 21 % in einem Jahr) beliefen; ***bekräftigt, dass sich Frontex der Überwachung der Grenzen des Schengen-Raums, der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der Unterstützung von Rückführungsaktionen widmen muss, um so zum Schutz der Völker Europas beizutragen;*** fordert eine Umschichtung der Mittel und die weitere Einstellung von Personal, das an vorderster Front an den EU-Außengrenzen und an Brennpunkten benötigt wird, sowie eine Rationalisierung der Zahl der Verwaltungsstellen; ***bedauert, dass die Gesamtzahl der Rückführungen in der Europäischen Union weiterhin unter 30 % lag, was ein Zeichen dafür ist, dass die laufenden Initiativen angesichts***

des Ausmaßes der irregulären Migration immer noch unzureichend sind; betont, dass Frontex als zentrales Element seines Mandats seinen Rückführungsoperationen größere Priorität einräumen und eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten muss, um die Wirksamkeit von Rückführungs- und Wiedereingliederungsprogrammen zu verbessern; hebt hervor, dass die EUAA die Mitgliedstaaten dringend bei Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Einwanderung und bei der effizienten Durchführung von Rückführungen unterstützen muss; fordert, dass die Prüfung der Asylanträge in den Herkunfts- und Transitländern in Betracht gezogen wird, um eine Sogwirkung mit Blick auf die Migration in die EU zu vermeiden;

---

*[11] **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.***

Or. fr

Änderungsantrag 48
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];	15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) ***systematisch und kontinuierlich*** durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];

[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.

[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.

Or. en

Änderungsantrag 49
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];	15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11]; ***unterstreicht, dass operative Techniken und Kapazitäten gestärkt werden müssen, um irreguläre Grenzübertritte wirksamer aufzudecken und zügige und nachhaltige Rückführungsverfahren durchzuführen, da nur 24,3 % der Bescheide zur Ausreise aus dem EU-Gebiet tatsächlich vollstreckt wurden[1a]; betont, dass ein ausgewogener Ansatz, bei dem wirksame Grenzkontrollen und rasche Rückführungen mit soliden Grundrechtsgarantien kombiniert werden, von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines sicheren Schengen-Raums und eines verlässlichen EU-Rahmens zur Steuerung der Migration ist;***
	[1a] https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2024/762470/EPRS_BRI(20

	24)762470_EN.pdf
[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.	***[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.***

Or. en

Änderungsantrag 50
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11];	15. bekräftigt, dass Schulungen im Bereich Grundrechte für Beamte der ständigen Reserve (Frontex) durchgeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie über die einschlägigen Verpflichtungen und Normen im Bereich der Grundrechte, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht informiert sind und diese einhalten[11]; ***betont, dass der Rechenschaftspflicht große Bedeutung zukommt, wenn Schulungen zu den Grundrechten nicht gewährleistet sind; betont ferner, dass es wichtig ist, Grundrechtsverletzungen zu melden, wenn man Zeuge solcher Verletzungen wird, und zwar im Rahmen von Berichten über schwerwiegende Zwischenfälle;***
[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.	***[11] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0075, Teil 3.***

Or. en

Änderungsantrag 51
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass es wichtig ist, die Unabhängigkeit der EU-Agenturen vor unzulässiger Einflussnahme durch die Industrie zu wahren, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre Beschlussfassung aufrechtzuerhalten; ist besorgt über regulatorische Mängel und potenzielle Interessenkonflikte innerhalb bestimmter Agenturen; hebt Probleme im Zusammenhang mit engen Verbindungen zur Industrie und Berichten über unzulässige Einflussnahme hervor, insbesondere durch Drehtüreffekte zwischen öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen; betont, dass mehr Transparenz, stärkere Aufsichtsmechanismen und ein entschlossenes Engagement erforderlich sind, um der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit Vorrang vor finanziellen Interessen einzuräumen;

Or. en

Änderungsantrag 52
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. hebt die positiven Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele im Bereich der Grundrechte hervor, wozu auch die fortlaufende Durchführung des Aktionsplans für Grundrechte und – im Einklang mit der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache – die unabhängige Bewertung der Frage, ob die Agentur den Grundrechtsrahmen einhält, gehören; begrüßt, dass Frontex Beschwerden im Zusammenhang mit Grundrechten proaktiv nachverfolgt,

wobei die meisten dieser Beschwerden als unzulässig zurückgewiesen wurden; begrüßt, dass sich Frontex verstärkt zu Transparenz und Rechenschaftspflicht verpflichtet hat;

Or. en

Änderungsantrag 53
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. bedauert, dass die FRA kontinuierlich versucht, sich in die Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzumischen, insbesondere derjenigen, die intern mit Personal ausgestattet sind, das sich mit Grundrechten befasst; lehnt ihre Forderung nach mehr Finanzmitteln ab;

Or. fr

Änderungsantrag 54
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. bedauert, dass die EUAA erst kürzlich Vorkehrungen getroffen hat, um ihre Mietverträge für Räumlichkeiten auf Lesbos und Rom zu beenden, die vom Europäischen Rechnungshof seit 2014 als vorschriftswidrig eingestuft wurden und die allein im Haushaltsjahr 2023 noch 123 800 EUR kosteten; bedauert angesichts der stetigen Zunahme irregulärer Migrationsströme innerhalb

Europas, dass die EUAA beabsichtigt, mehr Stellen für Grundrechtebeobachter zu schaffen, anstatt die illegale Einwanderung zu bekämpfen;

Or. fr

Änderungsantrag 55
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. stellt mit Besorgnis fest, dass Frontex – angesichts seines umfassenden Mandats – weiterhin Probleme hat, die in seinem Stellenplan festgelegte erforderliche Stellenbesetzungsquote zu erreichen und dass dieses Problem seit mindestens 2018 besteht;

Or. en

Änderungsantrag 56
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. hebt hervor, dass der Anstieg bei den Einnahmen von 2022 bis 2023 bei einigen Agenturen erheblich war, wobei er bei der Euratom-Versorgungsagentur (ESA) 54,59 %, bei Eurojust 20,86 %, bei Frontex 19,65 % und bei der ACER 19,15 % betrug;	17. hebt hervor, dass der Anstieg bei den Einnahmen von 2022 bis 2023 bei einigen Agenturen erheblich war, wobei er bei der Euratom-Versorgungsagentur (ESA) 54,59 %, bei Eurojust 20,86 %, bei Frontex 19,65 % und bei der ACER 19,15 % betrug; ***begrüßt die Aufstockung der Finanzmittel für die Strafverfolgungsbehörden;***

Or. en

Änderungsantrag 57
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass der Anstieg bei der ESA hauptsächlich auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des IT-Systems „Informationsverwaltung der Beobachtungsstelle für den Kernmaterialmarkt und der Euratom-Versorgungsagentur“ (NOEMI) sowie auf die Erbringung von Rechnungsführungsdiensten für die Agentur zurückzuführen ist; stellt fest, dass der Anstieg bei Eurojust hauptsächlich auf die zusätzlichen Ressourcen zurückzuführen ist, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, die durch drei Verordnungsvorschläge der Kommission hinzukamen, sowie auf die besonders schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation[15]; stellt fest, dass der Anstieg der Haushaltsmittel bei Frontex darauf abzielt, den Aufbau der ständigen Reserve der Grenzschutzbeamten, einschließlich Ausrüstung, fortzusetzen[16]; weist darauf hin, dass im Falle der ACER der Anstieg hauptsächlich auf die zusätzlichen Aufgaben zurückzuführen ist, die im Rahmen geplanter überarbeiteter Verordnungen über Energieinfrastruktur und die Verringerung der Methanemissionen delegiert wurden[17] sowie auf die verbundene jährliche Indexierung der Bezüge, höhere Rechtskosten und eine höhere Mittelzuweisung aufgrund von Gebühren für bestimmte Projekte;	18. stellt fest, dass der Anstieg bei der ESA hauptsächlich auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des IT-Systems „Informationsverwaltung der Beobachtungsstelle für den Kernmaterialmarkt und der Euratom-Versorgungsagentur“ (NOEMI) sowie auf die Erbringung von Rechnungsführungsdiensten für die Agentur zurückzuführen ist; stellt fest, dass der Anstieg bei Eurojust hauptsächlich auf die zusätzlichen Ressourcen zurückzuführen ist, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, die durch drei Verordnungsvorschläge der Kommission hinzukamen, sowie auf die besonders schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation[15]; stellt fest, dass der Anstieg der Haushaltsmittel bei Frontex darauf abzielt, den Aufbau der ständigen Reserve der Grenzschutzbeamten, einschließlich Ausrüstung, fortzusetzen[16]; weist darauf hin, dass im Falle der ACER der Anstieg hauptsächlich auf die zusätzlichen Aufgaben zurückzuführen ist, die im Rahmen geplanter überarbeiteter Verordnungen über Energieinfrastruktur und die Verringerung der Methanemissionen delegiert wurden[17] sowie auf die verbundene jährliche Indexierung der Bezüge, höhere Rechtskosten und eine höhere Mittelzuweisung aufgrund von Gebühren für bestimmte Projekte; ***bedauert diesen Anstieg bei der ACER angesichts ihrer Ineffizienz bzw. ihrer kontraproduktiven Wirkung im Jahr 2023 insbesondere durch die Wiedereröffnung von***

	Kohlekraftwerken, die definitionsgemäß umweltschädlich sind, um für ein Mindestmaß an Energieversorgungssicherheit in Europa zu sorgen; bedauert, dass die Reaktion nicht ausreichend war und durch die steigenden Energiekosten beeinträchtigt wurde, wobei durch das System zur Festlegung der Energiepreise die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht geschützt werden;
[15] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 24.	[15] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 24.
[16] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 26.	[16] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 26.
[17] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 21.	[17] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 21.
	Or. fr

Änderungsantrag 58
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass der Anstieg bei der ESA hauptsächlich auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des IT-Systems „Informationsverwaltung der Beobachtungsstelle für den Kernmaterialmarkt und der Euratom-Versorgungsagentur“ (NOEMI) sowie auf die Erbringung von Rechnungsführungsdiensten für die Agentur zurückzuführen ist; stellt fest, dass der Anstieg bei Eurojust hauptsächlich auf die zusätzlichen Ressourcen zurückzuführen ist, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, die durch drei Verordnungsvorschläge der Kommission hinzukamen, sowie auf die	18. stellt fest, dass der Anstieg bei der ESA hauptsächlich auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des IT-Systems „Informationsverwaltung der Beobachtungsstelle für den Kernmaterialmarkt und der Euratom-Versorgungsagentur“ (NOEMI) sowie auf die Erbringung von Rechnungsführungsdiensten für die Agentur zurückzuführen ist; stellt fest, dass der Anstieg bei Eurojust hauptsächlich auf die zusätzlichen Ressourcen zurückzuführen ist, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, die durch drei Verordnungsvorschläge der Kommission hinzukamen, sowie auf die

besonders schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation[15]; stellt fest, dass der Anstieg der Haushaltsmittel bei Frontex darauf abzielt, den Aufbau der ständigen Reserve der Grenzschutzbeamten, einschließlich Ausrüstung, fortzusetzen[16]; weist darauf hin, dass im Falle der ACER der Anstieg hauptsächlich auf die zusätzlichen Aufgaben zurückzuführen ist, die im Rahmen geplanter überarbeiteter Verordnungen über Energieinfrastruktur und die Verringerung der Methanemissionen delegiert wurden[17] sowie auf die verbundene jährliche Indexierung der Bezüge, höhere Rechtskosten und eine höhere Mittelzuweisung aufgrund von Gebühren für bestimmte Projekte;

besonders schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation[15]; stellt fest, dass der Anstieg der Haushaltsmittel bei Frontex darauf abzielt, den Aufbau der ständigen Reserve der Grenzschutzbeamten, einschließlich Ausrüstung, fortzusetzen[16]; ***betont jedoch, dass die Ressourcen besser zugewiesen werden könnten, um eine umfassende Schulung im Bereich der Grundrechte sicherzustellen, Such- und Rettungseinsätze zu verstärken und sichere und legale Wege für Schutzsuchende bereitzustellen;*** weist darauf hin, dass im Falle der ACER der Anstieg hauptsächlich auf die zusätzlichen Aufgaben zurückzuführen ist, die im Rahmen geplanter überarbeiteter Verordnungen über Energieinfrastruktur und die Verringerung der Methanemissionen delegiert wurden[17] sowie auf die verbundene jährliche Indexierung der Bezüge, höhere Rechtskosten und eine höhere Mittelzuweisung aufgrund von Gebühren für bestimmte Projekte;

[15] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 24.

[16] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 26.

[17] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 21.

[15] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 24.

[16] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 26.

[17] Entwurf des Haushaltsplans 2023: Arbeitsdokument III, S. 21.

Or. en

Änderungsantrag 59
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist der Ansicht, dass angesichts der	***entfällt***

durchschnittlichen Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex von der Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft und neu bewertet werden sollten, bis sich die Fähigkeit zur Mittelausschöpfung verbessert hat, insbesondere durch die Einstellung von Personal und andere operative Ausgaben;

Or. en

Änderungsantrag 60
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist der Ansicht, dass ***angesichts der durchschnittlichen*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex***, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023***, ***gepaart mit*** den ***wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex von*** der ***Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft*** und ***neu bewertet werden sollten, bis sich*** die ***Fähigkeit zur Mittelausschöpfung verbessert hat, insbesondere durch die Einstellung*** von ***Personal und andere operative Ausgaben***;	19. ist der Ansicht, dass ***die durchschnittliche*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex ***voll und ganz im Einklang mit den politischen Prioritäten der Kommission***, den ***sich abzeichnenden Herausforderungen für die EU und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in*** der ***EU an mehr Sicherheit*** und die ***Bekämpfung der irregulären Migration steht; fordert, dass der Haushalt*** von ***Frontex weiter aufgestockt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 61
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex***, d. h. einem Anstieg*** von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) ***weitere Aufstockungen des Haushalts*** von Frontex ***von*** der ***Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft und neu bewertet*** werden ***sollten***, ***bis sich*** die ***Fähigkeit zur Mittelausschöpfung verbessert hat***, ***insbesondere durch*** die ***Einstellung von Personal und andere operative Ausgaben***;	19. ***hebt die durchschnittliche*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023)***, hervor; nimmt die Antwort auf die Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zur Kenntnis, wonach die Übertragungen*** von Frontex ***mit ihrem operativen Zyklus zusammenhängen,*** der ***nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt und nicht ohne Weiteres angepasst*** werden ***kann, da alle Mitgliedstaaten daran beteiligt sind; betont, dass bei der Bewertung der Schwellenwerte für Übertragungen die Besonderheiten der einzelnen Agenturen berücksichtigt werden müssen; fordert das EUAN auf, mit den Agenturen und dem Rechnungshof zusammenzuarbeiten, um eine standardisierte Darstellung der Übertragungen zu entwickeln, die besser mit dem Grundsatz der Jährlichkeit der Haushaltsordnung in Einklang steht;***

Or. en

Änderungsantrag 62
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex***, d. h. einem Anstieg*** von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen	19. ***nimmt die durchschnittliche*** Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023), zur ***Kenntnis***;

(45 % im Jahr 2023) ***weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex von der Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft und neu bewertet werden sollten***, ***bis sich die Fähigkeit*** zur ***Mittelausschöpfung verbessert hat, insbesondere durch die Einstellung von Personal und andere operative Ausgaben***;

Or. en

Änderungsantrag 63
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex ***von*** der Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens ***überprüft*** und ***neu bewertet werden sollten***, ***bis sich die*** Fähigkeit zur Mittelausschöpfung ***verbessert hat***, insbesondere durch ***die Einstellung von Personal*** und ***andere operative*** Ausgaben;	19. ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023)***, nicht nur*** weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex ***überprüft werden sollten, sondern dass stattdessen eine aktive Kürzung des Frontex-Haushalts in Betracht gezogen werden sollte; stellt fest, dass die Probleme aufgrund der hohen Wachstumsrate des Haushalts hätten abgewendet werden können, wenn die Mittel innerhalb des Haushalts der Union anders verteilt worden wären; fordert die*** Kommission ***auf, den Haushalt von Frontex*** im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens ***neu zu bewerten*** und ***dabei einer Umverteilung der Ressourcen zugunsten von Schulungen im Bereich der Grundrechte, verstärkter Rechenschaftsmechanismen und verbesserten Asylverfahren sowie Such- und Rettungseinsätzen Vorrang einzuräumen, anstatt einer***

unkontrollierten Ausweitung der Grenzmanagementkapazitäten; betont, ***dass künftige Mittelzuweisungen von einer deutlichen Verbesserung der*** Fähigkeit zur Mittelausschöpfung ***abhängig gemacht werden sollten***, insbesondere durch ***eine wirksame Einstellung von Personal*** und ***eine wirksame Planung der operativen*** Ausgaben;

Or. en

Änderungsantrag 64
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex von der Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft und neu bewertet werden sollten, bis sich die Fähigkeit zur Mittelausschöpfung verbessert hat, insbesondere durch die Einstellung von Personal und andere operative Ausgaben;	19. ist der Ansicht, dass angesichts der durchschnittlichen Wachstumsrate von 32 % des Haushalts von Frontex, d. h. einem Anstieg von 364 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR von 2020 bis 2023, gepaart mit den wiederholt hohen Übertragungen (45 % im Jahr 2023) weitere Aufstockungen des Haushalts von Frontex von der Kommission im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens überprüft und neu bewertet werden sollten, bis sich die Fähigkeit zur Mittelausschöpfung verbessert hat, insbesondere durch die Einstellung von Personal ***für die Grenz- und Küstenwache*** und andere operative Ausgaben;

Or. fr

Änderungsantrag 65
Tamás Deutsch, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass die meisten Agenturen der Union ihre Finanzierung vollständig aus Beiträgen aus dem EU-Haushalt erhalten; stellt jedoch fest, dass einige Agenturen ganz oder teilweise aus alternativen Einnahmequellen finanziert werden, darunter Zertifikate, Genehmigungen, die Registrierung von Stoffen, Beiträge, Datenerhebung, Marktüberwachung, Aufsicht und andere Dienstleistungen wie Übersetzung und Terminologie, wie sie vom Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) bereitgestellt werden;	20. ***bekräftigt, dass die Haushaltsmittel der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ausschließlich für die Stärkung der Kontrollen an den Außengrenzen bereitzustellen sind und nicht für Tätigkeiten verwendet werden dürfen, die nicht die Grenzen betreffen, oder der Finanzierung externer nichtstaatlicher Organisationen dienen, die an der Erleichterung der Migration beteiligt sind;*** weist darauf hin, dass die meisten Agenturen der Union ihre Finanzierung vollständig aus Beiträgen aus dem EU-Haushalt erhalten; stellt jedoch fest, dass einige Agenturen ganz oder teilweise aus alternativen Einnahmequellen finanziert werden, darunter Zertifikate, Genehmigungen, die Registrierung von Stoffen, Beiträge, Datenerhebung, Marktüberwachung, Aufsicht und andere Dienstleistungen wie Übersetzung und Terminologie, wie sie vom Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) bereitgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 66
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass die meisten Agenturen der Union ihre Finanzierung vollständig aus Beiträgen aus dem EU-Haushalt erhalten; stellt jedoch fest, dass einige Agenturen ganz oder teilweise aus alternativen Einnahmequellen finanziert werden, darunter Zertifikate,	20. weist darauf hin, dass die meisten Agenturen der Union ihre Finanzierung vollständig aus Beiträgen aus dem EU-Haushalt erhalten; stellt jedoch fest, dass einige Agenturen ganz oder teilweise aus alternativen Einnahmequellen finanziert werden, darunter Zertifikate,

Genehmigungen, die Registrierung von Stoffen, Beiträge, Datenerhebung, Marktüberwachung, Aufsicht und andere Dienstleistungen wie Übersetzung und Terminologie, wie sie vom Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) bereitgestellt werden;	Genehmigungen, die Registrierung von Stoffen, Beiträge, Datenerhebung, Marktüberwachung, Aufsicht und andere Dienstleistungen wie Übersetzung und Terminologie, wie sie vom Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) bereitgestellt werden; ***ist davon überzeugt, dass der Anteil der Selbstfinanzierung der Agenturen höher sein muss;***

Or. en

Änderungsantrag 67
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. ist der Ansicht, dass das Entlastungsverfahren ausgesetzt werden sollte, bis alle Verträge zwischen den EU-Agenturen und nichtstaatlichen Organisationen veröffentlicht wurden und eine vollständige und unabhängige Prüfung der gesamten Finanzierung nichtstaatlicher Organisationen durch die Agenturen abgeschlossen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 68
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass im CdT im vergangenen Jahrzehnt sieben Jahre lang Haushaltsdefizite und sechs Jahre lang	27. betont, dass im CdT im vergangenen Jahrzehnt sieben Jahre lang Haushaltsdefizite und sechs Jahre lang

bilanzielle Verluste aufgrund rückläufiger Geschäftsvolumen verzeichnet wurden; nimmt zur Kenntnis, dass das CdT zur Bewältigung des Rückgangs des Geschäftsvolumens auf eine Sonderreserve zurückgreift, die 2011 eingerichtet wurde, um für Haushalts- und Preisstabilität zu sorgen; stellt fest, dass diese Reserve 2014 mit 15,6 Mio. EUR ihren Höchststand erreichte und anschließend auf 10,3 Mio. EUR im Jahr 2022 und 8,9 Mio. EUR im Jahr 2023 zurückging; ***ist sich bewusst***, dass mögliche weitere Defizite durch Zuschüsse aus dem EU-Haushalt gedeckt werden müssten, wie dies in der Gründungsverordnung des CdT vorgesehen ist, sobald die Reserve vollständig ausgeschöpft ist; fordert das CdT auf, der Entlastungsbehörde über seine Pläne zur Minderung der Risiken in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit Bericht zu erstatten;	bilanzielle Verluste aufgrund rückläufiger Geschäftsvolumen verzeichnet wurden; nimmt zur Kenntnis, dass das CdT zur Bewältigung des Rückgangs des Geschäftsvolumens auf eine Sonderreserve zurückgreift, die 2011 eingerichtet wurde, um für Haushalts- und Preisstabilität zu sorgen; stellt fest, dass diese Reserve 2014 mit 15,6 Mio. EUR ihren Höchststand erreichte und anschließend auf 10,3 Mio. EUR im Jahr 2022 und 8,9 Mio. EUR im Jahr 2023 zurückging; ***bedauert***, dass mögliche weitere Defizite durch Zuschüsse aus dem EU-Haushalt gedeckt werden müssten, wie dies in der Gründungsverordnung des CdT vorgesehen ist, sobald die Reserve vollständig ausgeschöpft ist; fordert das CdT auf, der Entlastungsbehörde über seine Pläne zur Minderung der Risiken in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit Bericht zu erstatten ***und seine Tätigkeit angesichts der Entwicklungen bei den neuen Technologien, die sich auf die Tätigkeit auswirken, zu überprüfen und neu auszurichten***;
	Or. fr

Änderungsantrag 69
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. nimmt die Schlussfolgerung des Europäischen Rechnungshofs in seinem Jahresbericht über die Agenturen der Union für das Haushaltsjahr 2023 („Bericht des Rechnungshofs“) zur Kenntnis, wonach die Prüfung des Rechnungshofs ähnlich ausfiel wie im Vorjahr (2022), wobei die Schwachstellen in den Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin die Hauptursache für	28. nimmt die Schlussfolgerung des Europäischen Rechnungshofs in seinem Jahresbericht über die Agenturen der Union für das Haushaltsjahr 2023 („Bericht des Rechnungshofs“) zur Kenntnis, wonach die Prüfung des Rechnungshofs ähnlich ausfiel wie im Vorjahr (2022), wobei die Schwachstellen in den Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin die Hauptursache für

vorschriftswidrige Zahlungen waren;	vorschriftswidrige Zahlungen waren; ***ist besorgt über das wiederholte Auftreten dieser Schwachstellen, insbesondere in einigen Agenturen, die offenbar nicht bereit oder in der Lage zu sein scheinen, dieser Situation ein Ende zu setzen;***

Or. fr

Änderungsantrag 70
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. ***stellt fest***, dass dem Rechnungshof zufolge das sechste Jahr in Folge hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung ein mittleres Risiko besteht, und zwar vor allem im Zusammenhang mit Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, die nicht so durchgeführt wurden, dass die Erzielung des bestmöglichen Preis-/Leistungsverhältnisses sichergestellt war;	32. ***ist besorgt darüber***, dass dem Rechnungshof zufolge das sechste Jahr in Folge hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung ein mittleres Risiko besteht, und zwar vor allem im Zusammenhang mit Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, die nicht so durchgeführt wurden, dass die Erzielung des bestmöglichen Preis-/Leistungsverhältnisses sichergestellt war;

Or. en

Änderungsantrag 71
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. fordert Frontex auf, der vollständigen Umsetzung aller noch nicht berücksichtigten Empfehlungen Vorrang einzuräumen, insbesondere der Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments zur Kontrolle von Frontex, des OLAF, der

Europäischen Bürgerbeauftragten, des Gerichtshofs und der Arbeitsgruppe von Frontex zu den Grundrechten und rechtlich-operativen Aspekten von Operationen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. ***nimmt zur Kenntnis***, dass sich die Einschränkung in Bezug auf die ELA auf Zahlungen in Höhe von 1,6 Mio. EUR im Jahr 2023 bezieht, was 3,8 % der insgesamt verfügbaren Mittel für Zahlungen entspricht; nimmt zur Kenntnis, dass dieser Betrag 1,3 Mio. EUR im Zusammenhang mit einem Auftrag umfasst, der im Prüfungsbericht 2022 als vorschriftswidrig eingestuft wurde, da der vergebene Auftragswert die festgelegte Obergrenze des Vertrags überschritt, sowie 0,3 Mio. EUR im Zusammenhang mit Schwachstellen bei den Ex-ante-Kontrollen der Vertragsdurchführung; nimmt die Antwort der ELA zur Kenntnis, in der erläutert wird, dass der vorschriftswidrige Vertrag im Februar 2024 endete und durch eine neue Rahmenvereinbarung ersetzt wurde, die im November 2023 geschlossen wurde; ist sich der Entscheidung der ELA bewusst, den vorschriftswidrigen Vertrag vorübergehend fortzusetzen, um Risiken zu mindern, ihren Ruf zu schützen und für eine ununterbrochene Erbringung von Dienstleistungen zu sorgen, sodass sie die Kontinuität ihres Betriebs aufrechterhalten und die geplanten Tätigkeiten durchführen konnte, bis die neue Vereinbarung in Kraft trat;	37. ***bedauert***, dass sich die Einschränkung in Bezug auf die ELA auf Zahlungen in Höhe von 1,6 Mio. EUR im Jahr 2023 bezieht, was 3,8 % der insgesamt verfügbaren Mittel für Zahlungen entspricht; nimmt zur Kenntnis, dass dieser Betrag 1,3 Mio. EUR im Zusammenhang mit einem Auftrag umfasst, der im Prüfungsbericht 2022 als vorschriftswidrig eingestuft wurde, da der vergebene Auftragswert die festgelegte Obergrenze des Vertrags überschritt, sowie 0,3 Mio. EUR im Zusammenhang mit Schwachstellen bei den Ex-ante-Kontrollen der Vertragsdurchführung; nimmt die Antwort der ELA zur Kenntnis, in der erläutert wird, dass der vorschriftswidrige Vertrag im Februar 2024 endete und durch eine neue Rahmenvereinbarung ersetzt wurde, die im November 2023 geschlossen wurde; ist sich der Entscheidung der ELA bewusst, den vorschriftswidrigen Vertrag vorübergehend fortzusetzen, um Risiken zu mindern, ihren Ruf zu schützen und für eine ununterbrochene Erbringung von Dienstleistungen zu sorgen, sodass sie die Kontinuität ihres Betriebs aufrechterhalten und die geplanten Tätigkeiten durchführen konnte, bis die neue Vereinbarung in Kraft trat;

Or. en

Änderungsantrag 73
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. betont, dass die Nichteinhaltung von Grundrechtsverpflichtungen, insbesondere in Agenturen wie Frontex, zu finanziellen Konsequenzen und externer Aufsicht führen sollte, um sicherzustellen, dass Korrekturmaßnahmen umgesetzt werden; Agenturen mit wiederholten Verfahrensverstößen wie Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe, Interessenkonflikten und Versäumnissen bei der Transparenz müssen mit bedingten Mittelzuweisungen, verbindlichen Korrekturmaßnahmenplänen und einer strengeren externen Prüfung rechnen;

Or. en

Änderungsantrag 74
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. stellt ***mit Besorgnis*** fest, dass nun erneut ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen der eu-LISA vorliegt, was anhaltende Probleme ***widerspiegelt***, die der Rechnungshof seit 2020 in früheren Berichten aufgeworfen hat; nimmt die Bemerkung des	40. stellt fest, dass nun erneut ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen der eu-LISA vorliegt, was anhaltende Probleme ***aufzeigt***, die der Rechnungshof seit 2020 in früheren Berichten aufgeworfen hat; nimmt die Bemerkung des Rechnungshofs zur

Rechnungshofs zur Kenntnis, dass die meisten fehlerbehafteten Verträge im Jahr 2023 entweder ausgelaufen sind oder von der eu-LISA gekündigt wurden;

Kenntnis, dass die meisten fehlerbehafteten Verträge im Jahr 2023 entweder ausgelaufen sind oder von der eu-LISA gekündigt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 75
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 41 – Einleitung

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. stellt fest, dass die Grundlage für ein eingeschränktes Prüfungsurteil (eu-LISA) im Jahr 2023 ***die folgenden Unregelmäßigkeiten*** umfasste***:***	41. stellt fest, dass die Grundlage für ein eingeschränktes Prüfungsurteil (eu-LISA) im Jahr 2023 ***Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag, dem Verhandlungsverfahren, der Vertragsänderung und den Bedingungen des Rahmenvertrags*** umfasste***;***

Or. en

Änderungsantrag 76
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 41 – Spiegelstrich 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– Unregelmäßigkeiten in Bezug auf Rahmenverträge: stellt fest, dass die eu-LISA bei einigen Preiselementen der finanziellen Angebote von zwei Bietern erhebliche Änderungen vornahm, die über die nach Artikel 151 der Finanzregelung zulässigen Korrekturen hinausgingen und sich unmittelbar auf das Ergebnis der Ausschreibung auswirkten, wobei sich die damit verbundenen Zahlungen im Jahr 2023	***entfällt***

auf insgesamt 2,7 Mio. EUR beliefen;

Or. en

Änderungsantrag 77
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 41 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– ungerechtfertigtes Verhandlungsverfahren: nimmt ferner die vorschriftswidrige Zahlung in Höhe von 7,7 Mio. EUR im Zusammenhang mit einem Rahmenvertrag zur Kenntnis, der ohne angemessene Begründung im Wege eines Verhandlungsverfahrens vergeben wurde, wodurch gegen die Vergabestandards verstoßen wurde;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 78
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 41 – Spiegelstrich 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– nicht genehmigte Vertragsänderung: stellt fest, dass Zahlungen in Höhe von 1,8 Mio. EUR infolge einer nicht genehmigten Änderung, durch die der Wert eines Festpreisvertrags um 3,6 Mio. EUR erhöht wurde, als vorschriftswidrig eingestuft wurden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 79
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 41 – Spiegelstrich 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– Nichteinhaltung der Bedingungen von Rahmenverträgen: stellt mit Besorgnis fest, dass Zahlungen des Rahmenvertrags für die Instandhaltung gemeinsam genutzter Infrastrukturen in Höhe von insgesamt 0,4 Mio. EUR vorschriftswidrig waren, da der Einzelvertrag vom Rahmenvertrag abwich;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 80
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist ***zutiefst*** besorgt über das erneute Auftreten von Problemen bei der Auftragsvergabe, die nun im vierten Jahr in Folge zu einem eingeschränkten Prüfungsurteil geführt haben, und fordert die eu-LISA nachdrücklich auf, unverzüglich Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um Probleme dieser Art im künftigen Finanzmanagement und Auftragsvergabe anzugehen und zu verhindern und dabei für die uneingeschränkte Einhaltung der Haushaltsordnung zu sorgen;	42. ist besorgt über das erneute Auftreten von Problemen bei der Auftragsvergabe, die nun im vierten Jahr in Folge zu einem eingeschränkten Prüfungsurteil geführt haben, und fordert die eu-LISA nachdrücklich auf, unverzüglich Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um Probleme dieser Art im künftigen Finanzmanagement und Auftragsvergabe anzugehen und zu verhindern und dabei für die uneingeschränkte Einhaltung der Haushaltsordnung zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 81

Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist zutiefst besorgt über das erneute Auftreten von Problemen bei der Auftragsvergabe, die nun im vierten Jahr in Folge zu einem eingeschränkten Prüfungsurteil geführt haben, und fordert die eu-LISA nachdrücklich auf, unverzüglich Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um Probleme dieser Art im künftigen Finanzmanagement und Auftragsvergabe anzugehen und zu verhindern und dabei für die uneingeschränkte Einhaltung der Haushaltsordnung zu sorgen;	42. ist zutiefst besorgt über das erneute Auftreten von Problemen bei der Auftragsvergabe, die nun im vierten Jahr in Folge zu einem eingeschränkten Prüfungsurteil geführt haben, und fordert die eu-LISA nachdrücklich auf, unverzüglich Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um Probleme dieser Art im künftigen Finanzmanagement und Auftragsvergabe anzugehen und zu verhindern und dabei für die uneingeschränkte Einhaltung der Haushaltsordnung zu sorgen; ***fordert, dass das Europäische Parlament bis zum 30. Juni 2025 über die diesbezüglichen Fortschritte informiert wird;***

Or. en

Änderungsantrag 82
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. ***stellt fest***, dass der Rechnungshof in der Anhörung[18] eingeräumt hat, dass trotz des für 2023 abgegebenen Urteils (eu-LISA) die festgestellten Mängel behoben werden und Verbesserungen feststellbar sind;	43. ***begrüßt***, dass der Rechnungshof in der Anhörung[18] eingeräumt hat, dass trotz des für 2023 abgegebenen Urteils (eu-LISA) die festgestellten Mängel behoben werden und Verbesserungen feststellbar sind;
[18] Sitzung des CONT-Ausschusses, 4. Dezember 2023.	[18] Sitzung des CONT-Ausschusses, 4. Dezember 2023.

Or. en

Änderungsantrag 83
Marit Maij, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. hebt hervor, dass in der Haushaltsordnung zwar keine Obergrenzen für Übertragungen vorgesehen sind, regelmäßige und überhöhte Mittelübertragungen allerdings den Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit untergraben und auf strukturelle Probleme im Zusammenhang mit dem Haushaltsverfahren und dem Durchführungszyklus hindeuten; stellt fest, dass in 14 Agenturen (ENISA, Eurofound, EIGE, eu-LISA, EMA, EUSPA, ELA, FRA, EFCA, ECDC, EU-OSHA, ACER, Frontex und ESA) der Umfang der Mittelübertragungen, die alle Haushaltstitel zusammengenommen betreffen, mehr als 15 % beträgt; nimmt zur Kenntnis, dass die Mittelübertragungen bei Frontex und ESA mehr als 40 % bzw. 50 % betragen;	44. hebt hervor, dass in der Haushaltsordnung zwar keine Obergrenzen für Übertragungen vorgesehen sind, ***nicht geplante*** regelmäßige und überhöhte Mittelübertragungen allerdings den Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit untergraben und auf strukturelle Probleme im Zusammenhang mit dem Haushaltsverfahren und dem Durchführungszyklus hindeuten; stellt fest, dass in 14 Agenturen (ENISA, Eurofound, EIGE, eu-LISA, EMA, EUSPA, ELA, FRA, EFCA, ECDC, EU-OSHA, ACER, Frontex und ESA) der Umfang der Mittelübertragungen, die alle Haushaltstitel zusammengenommen betreffen, mehr als 15 % beträgt; nimmt zur Kenntnis, dass die Mittelübertragungen bei Frontex und ESA mehr als 40 % bzw. 50 % betragen;

Or. en

Änderungsantrag 84
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. weist darauf hin, dass die Agenturen gemäß dem Regelungsrahmen Zahlungen innerhalb bestimmter Fristen leisten müssen; stellt fest, dass jede Nichteinhaltung dieser Fristen dazu führen kann, dass Gläubiger Anspruch auf Verzugszinsen haben; ***stellt fest***, dass der	45. weist darauf hin, dass die Agenturen gemäß dem Regelungsrahmen Zahlungen innerhalb bestimmter Fristen leisten müssen; stellt fest, dass jede Nichteinhaltung dieser Fristen dazu führen kann, dass Gläubiger Anspruch auf Verzugszinsen haben; ***weist erneut darauf***

Rechnungshof für das Jahr 2023 berichtet, dass der Gesamtbetrag der angefallenen Verzugszinsen zwar als unerheblich angesehen wurde, es jedoch bemerkenswert ist, dass ***neun*** Agenturen ***(ACER, ECDC, EUA, EUDA, ENISA, ERA, EU-OSHA, Eurojust und Frontex)*** ihre Zahlungsfristen ***häufig*** nicht einhielten; ***fordert die betreffenden Agenturen auf, dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Zahlungsfristen eingehalten werden; hebt hervor, dass der Betrag der aufgelaufenen Verzugszinsen zwar gering war, die hohe Häufigkeit verspäteter Zahlungen sich jedoch negativ auf den Ruf der Agenturen auswirken kann;***	***hin***, dass der Rechnungshof für das Jahr 2023 berichtet, dass der Gesamtbetrag der angefallenen Verzugszinsen zwar als unerheblich angesehen wurde, es jedoch bemerkenswert ist, dass ***einige*** Agenturen ihre Zahlungsfristen nicht einhielten;

Or. en

Änderungsantrag 85
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. weist auf die im Jahresabschluss der ERA und von Eurojust enthaltenen Angaben zur Umsetzung von SUMMA hin[19]; ***stellt fest***, dass technische Probleme im Laufe des Jahres 2023 zur weiteren Zunahme verspäteter Zahlungen (50 % im Jahr 2023) und Fällen von Nichteinhaltung bei Eurojust beigetragen haben; stellt fest, dass die ERA im ersten Quartal mit technischen Problemen konfrontiert war, auch wenn im Vergleich zu 2022 erhebliche Verbesserungen erzielt wurden;	48. weist auf die im Jahresabschluss der ERA und von Eurojust enthaltenen Angaben zur Umsetzung von SUMMA hin***, einer Finanzplattform der Europäischen Kommission, die anscheinend stark fehlerhaft ist***[19]; ***bedauert***, dass technische Probleme im Laufe des Jahres 2023 zur weiteren Zunahme verspäteter Zahlungen (50 % im Jahr 2023) und Fällen von Nichteinhaltung bei Eurojust beigetragen haben; stellt fest, dass die ERA im ersten Quartal mit technischen Problemen konfrontiert war, auch wenn im Vergleich zu 2022 erhebliche Verbesserungen erzielt wurden;
[19] Das neue Haushalts-, Rechnungsführungs- und Finanzsystem wurde 2022 im Rahmen eines Pilotprojekts	[19] Das neue Haushalts-, Rechnungsführungs- und Finanzsystem wurde 2022 im Rahmen eines Pilotprojekts

in Betrieb genommen.

in Betrieb genommen.

Or. fr

Änderungsantrag 86
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. betont, dass ausreichende Ressourcen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die Agenturen in der Lage sind, neue Aufgaben zu erfüllen, die ihnen durch neue Rechtsvorschriften auferlegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 87
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. stellt fest, dass die EMA in ihrer Jahresrechnung wichtige Angaben zu ihren ehemaligen Räumlichkeiten in London und zu den Unsicherheiten macht, die dadurch entstehen, dass die Muttergesellschaft des Untermieters Insolvenz angemeldet hat; stellt mit Besorgnis fest, dass die EMA für den gesamten im Rahmen des Hauptmietvertrags noch zu zahlenden Betrag haftbar gemacht werden könnte; ist ***sich bewusst***, dass sich der maximale Betrag – einschließlich einer Steuerschuld des Rates –, der von der EMA zu zahlen ist, falls die Räumlichkeiten für die verbleibende Laufzeit des Mietvertrags unbesetzt bleiben, auf 550 Mio. EUR	54. stellt fest, dass die EMA in ihrer Jahresrechnung wichtige Angaben zu ihren ehemaligen Räumlichkeiten in London und zu den Unsicherheiten macht, die dadurch entstehen, dass die Muttergesellschaft des Untermieters Insolvenz angemeldet hat; stellt mit Besorgnis fest, dass die EMA für den gesamten im Rahmen des Hauptmietvertrags noch zu zahlenden Betrag haftbar gemacht werden könnte; ist ***zutiefst besorgt darüber***, dass sich der maximale Betrag – einschließlich einer Steuerschuld des Rates –, der von der EMA zu zahlen ist, falls die Räumlichkeiten für die verbleibende Laufzeit des Mietvertrags unbesetzt

beläuft; stellt fest, dass die EMA derzeit die Bedingungen für die Untervermietung mit der Niederlassung der Gruppe im Vereinigten Königreich neu aushandelt und dass die EMA im Rahmen dieser Neuverhandlungen einem Aufschub der Mietzahlungen für die ersten beiden Quartale 2024 und einer Senkung der Miete des Untermieters ab dem 1. Januar 2024 zugestimmt hat; stellt fest, dass die EMA in diesem Zusammenhang eine Rückstellung in Höhe von 131,4 Mio. EUR aufgrund eines belastenden Vertrags erfasst hat; nimmt zur Kenntnis, dass der Untermieter der Agentur seinen vertraglichen Verpflichtungen für das Jahr 2023 nachgekommen ist, wobei Mietzahlungen für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 geleistet wurden;

bleiben, auf 550 Mio. EUR beläuft***; bedauert, dass bei Abschluss des Mietvertrags keine Klauseln vorgesehen wurden, mit denen solchen Situationen vorausschauend begegnet werden kann; fordert alle europäischen Einrichtungen auf, daraus Lehren zu ziehen und solche Klauseln in alle Verträge aufzunehmen, ob beim Abschluss neuer Verträge oder bei der Verlängerung bestehender Verträge, damit das Geld der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr auf diese Weise verschwendet wird;*** stellt fest, dass die EMA derzeit die Bedingungen für die Untervermietung mit der Niederlassung der Gruppe im Vereinigten Königreich neu aushandelt und dass die EMA im Rahmen dieser Neuverhandlungen einem Aufschub der Mietzahlungen für die ersten beiden Quartale 2024 und einer Senkung der Miete des Untermieters ab dem 1. Januar 2024 zugestimmt hat; stellt fest, dass die EMA in diesem Zusammenhang eine Rückstellung in Höhe von 131,4 Mio. EUR aufgrund eines belastenden Vertrags erfasst hat; nimmt zur Kenntnis, dass der Untermieter der Agentur seinen vertraglichen Verpflichtungen für das Jahr 2023 nachgekommen ist, wobei Mietzahlungen für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 geleistet wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 88
Marit Maij, Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. stellt fest, dass die EMA in ihrer Jahresrechnung wichtige Angaben zu ihren ehemaligen Räumlichkeiten in London und zu den Unsicherheiten macht, die dadurch	54. stellt fest, dass die EMA in ihrer Jahresrechnung wichtige Angaben zu ihren ehemaligen Räumlichkeiten in London und zu den Unsicherheiten macht, die dadurch

entstehen, dass die Muttergesellschaft des Untermieters Insolvenz angemeldet hat; stellt mit Besorgnis fest, dass die EMA für den gesamten im Rahmen des Hauptmietvertrags noch zu zahlenden Betrag haftbar gemacht werden könnte; ist sich bewusst, dass sich der maximale Betrag – einschließlich einer Steuerschuld des Rates –, der von der EMA zu zahlen ist, falls die Räumlichkeiten für die verbleibende Laufzeit des Mietvertrags unbesetzt bleiben, auf 550 Mio. EUR beläuft; stellt fest, dass die EMA derzeit die Bedingungen für die Untervermietung mit der Niederlassung der Gruppe im Vereinigten Königreich neu aushandelt und dass die EMA im Rahmen dieser Neuverhandlungen einem Aufschub der Mietzahlungen für die ersten beiden Quartale 2024 und einer Senkung der Miete des Untermieters ab dem 1. Januar 2024 zugestimmt hat; stellt fest, dass die EMA in diesem Zusammenhang eine Rückstellung in Höhe von 131,4 Mio. EUR aufgrund eines belastenden Vertrags erfasst hat; nimmt zur Kenntnis, dass der Untermieter der Agentur seinen vertraglichen Verpflichtungen für das Jahr 2023 nachgekommen ist, wobei Mietzahlungen für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 geleistet wurden;	entstehen, dass die Muttergesellschaft des Untermieters Insolvenz angemeldet hat; stellt mit Besorgnis fest, dass die EMA für den gesamten im Rahmen des Hauptmietvertrags noch zu zahlenden Betrag haftbar gemacht werden könnte; ist sich bewusst, dass sich der maximale Betrag – einschließlich einer Steuerschuld des Rates –, der von der EMA zu zahlen ist, falls die Räumlichkeiten für die verbleibende Laufzeit des Mietvertrags unbesetzt bleiben, auf 550 Mio. EUR beläuft; stellt fest, dass die EMA derzeit die Bedingungen für die Untervermietung mit der Niederlassung der Gruppe im Vereinigten Königreich neu aushandelt und dass die EMA im Rahmen dieser Neuverhandlungen einem Aufschub der Mietzahlungen für die ersten beiden Quartale 2024 und einer Senkung der Miete des Untermieters ab dem 1. Januar 2024 zugestimmt hat; stellt fest, dass die EMA in diesem Zusammenhang eine Rückstellung in Höhe von 131,4 Mio. EUR aufgrund eines belastenden Vertrags erfasst hat; nimmt zur Kenntnis, dass der Untermieter der Agentur seinen vertraglichen Verpflichtungen für das Jahr 2023 nachgekommen ist, wobei Mietzahlungen für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 geleistet wurden***, und fordert die EMA und die Kommission nachdrücklich auf, eine nachhaltige Lösung zu finden, um den Vertrag und alle damit verbundenen Verpflichtungen vor dem nächsten Entlastungsverfahren im Jahr 2024 zu beenden***;
	Or. en

Änderungsantrag 89
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. empfiehlt den Agenturen, Maßnahmen zu ergreifen, um noch offene Indikatoren oder solche, bei denen es zu Verzögerungen gekommen ist, zu erfüllen und ihre zentralen Leistungsindikatoren regelmäßig anzupassen, um ihre Leistung zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 90
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 61 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61a. fordert eine unabhängige Leistungsüberprüfung aller Agenturen, um zu bewerten, ob ihre Tätigkeiten tatsächlich mit den politischen Prioritäten der EU in Einklang stehen und zu greifbaren Ergebnissen führen; besteht auf der Einführung einer ergebnisorientierten Haushaltsplanung mit Effizienzmaßstäben, um eine optimale Mittelzuweisung und eine wirkungsorientierte Verwaltung sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 91
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

62a. fragt sich, warum die jährlichen Tätigkeitsberichte der Agenturen in keiner Weise erwähnt werden; stellt in Frage, was die Agenturen 2023 konkret erreicht haben;

Or. en

Änderungsantrag 92
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. stellt fest, dass die Bemühungen um die Überwachung der Haushaltsmittel im Laufe des Haushaltsjahres 2023 bei den Mitteln für Verpflichtungen für das laufende Jahr zu einer Haushaltsvollzugsquote von 97 % geführt haben, mit Ausnahme des CdT und der ELA, deren jeweilige Quote sich auf 89,55 % bzw. 93,72 % belief; ***stellt fest, dass die Agenturen mit der niedrigsten Haushaltsvollzugsquote bei den Mitteln für Zahlungen für das laufende Jahr im Folgenden in aufsteigender Reihenfolge mit ihren jeweiligen Prozentsätzen aufgeführt sind: ESA 47,61 %, Frontex 55,37 %, EU-OSHA 68,83 %, ACER 70,69 % und ECDC 71,79 %;***	63. stellt fest, dass die Bemühungen um die Überwachung der Haushaltsmittel im Laufe des Haushaltsjahres 2023 bei den Mitteln für Verpflichtungen für das laufende Jahr zu einer Haushaltsvollzugsquote von 97 % geführt haben, mit Ausnahme des CdT und der ELA, deren jeweilige Quote sich auf 89,55 % bzw. 93,72 % belief;

Or. en

Änderungsantrag 93
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

63a. bedauert, dass der Haushalt der FRA und ihre Personalausstattung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 in etwa gleich hoch sind; bekräftigt seine Besorgnis darüber, dass die FRA nach wie vor von finanziellen und personellen Engpässen betroffen ist und dass dies die Qualität der Arbeit, die die Agentur leistet und die sich als extrem wertvoll für die EU-Politik erwiesen hat, beeinträchtigen kann; hält die erheblichen und zunehmenden Unterschiede bei den den JI-Agenturen zugewiesenen Mitteln für eine besorgniserregende Entwicklung;

Or. en

Änderungsantrag 94
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 63 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63b. weist darauf hin, dass der Haushalt der EUAA 2023 von 168 Mio. EUR auf 170 Mio. EUR aufgestockt (+0,77 %) und ihr Personalbestand von 519 auf 529 Bedienstete erhöht wurde (+2 %); bekräftigt die wichtige Rolle der Asylagentur der Europäischen Union bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und bei der Überwachung seiner ordnungsgemäßen Umsetzung; weist darauf hin, dass die Entlastungsbehörde in ihrem Bericht über die Entlastung der Asylagentur der Europäischen Union für 2022 Bedenken hinsichtlich der internen Verwaltung und der internen Verfahren der Agentur geäußert und darauf hingewiesen hat, dass das OLAF eine Untersuchung eingeleitet hat, die inzwischen

abgeschlossen ist und bei der es mutmaßlich um Vetternwirtschaft und andere Probleme im Zusammenhang mit der Haushaltsführung der Agentur ging; bedauert, dass der Exekutivdirektor der Agentur während der vorbereitenden Anhörung zur Entlastung im CONT-Ausschuss keine Antworten gegeben hat; ist beunruhigt darüber, dass sich der Verwaltungsrat der Agentur weigert, der Entlastungsbehörde den Inhalt und die Empfehlung des OLAF-Berichts offenzulegen; fordert die Agentur auf, die Ergebnisse des Berichts unverzüglich vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 95
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 63 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63c. nimmt den neuen Fahrplan für die Interoperabilität zur Kenntnis; nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund von Verzögerungen bei der Entwicklung des Einreise-/Ausreisesystems (EES), des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und des Europäischen Strafregisterinformationssystems für Drittstaatsangehörige (ECRIS-TCN) ein neuer Zeitplan für die Einführung und Interoperabilität der EU-Informationssysteme erforderlich geworden ist; betont, dass ein rascher, wirksamer und zuverlässiger Informationsaustausch im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften von entscheidender Bedeutung ist, um den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der Union zu erhalten und zu

stärken; würdigt in diesem Zusammenhang die Arbeit und die Verbesserungen, die eu-LISA erzielt hat;

Or. en

Änderungsantrag 96
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass Schwachstellen bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor die größte Ursache für vorschriftswidrige Zahlungen sind; hebt hervor, dass der Rechnungshof im Jahr 2023 38 Bemerkungen zu Schwachstellen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorbrachte (gegenüber 41 im Jahr 2022 und 28 im Jahr 2021)[28];	64. nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass Schwachstellen bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor die größte Ursache für vorschriftswidrige Zahlungen sind; hebt hervor, dass der Rechnungshof im Jahr 2023 38 Bemerkungen zu Schwachstellen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorbrachte (gegenüber 41 im Jahr 2022 und 28 im Jahr 2021)[28]; ***fordert die Agenturen nachdrücklich auf, Maßnahmen einzuführen, um die strikte Einhaltung der Vergabevorschriften und der Grundsätze der Transparenz, des Wettbewerbs und der Kosteneffizienz sicherzustellen; weist erneut darauf hin, dass regelmäßige Schulungsprogramme für das Personal in den Bereichen Finanzmanagement, Vergabevorschriften und Betrugsprävention erforderlich sind; fordert, dass strengere Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht ergriffen werden, damit anhaltende Mängel zu gezielten Abhilfen führen und dass bei wiederholten Verstößen mit Folgen zu rechnen ist;***
[28] Bericht des Rechnungshofs, S. 38. Nur Bemerkungen, die sich auf die Agenturen beziehen, die Teil dieser Entschließung sind.	[28] Bericht des Rechnungshofs, S. 38. Nur Bemerkungen, die sich auf die Agenturen beziehen, die Teil dieser Entschließung sind.

Or. en

Änderungsantrag 97
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. weist erneut darauf hin, dass es bei allen Vergabeverfahren wichtig ist, einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern sicherzustellen und Waren und Dienstleistungen ***zum besten Preis*** zu beschaffen, wobei die Grundsätze der Transparenz, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung zu beachten sind;	69. weist erneut darauf hin, dass es bei allen Vergabeverfahren wichtig ist, ***hochwertige Waren und Dienstleistungen sowie*** einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern sicherzustellen und ***die wirtschaftlich günstigsten*** Waren und Dienstleistungen zu beschaffen, wobei die Grundsätze der Transparenz, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung zu beachten sind;

Or. en

Änderungsantrag 98
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. weist erneut darauf hin, dass es bei allen Vergabeverfahren wichtig ist, einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern sicherzustellen und Waren und Dienstleistungen zum besten Preis zu beschaffen, wobei die Grundsätze der Transparenz, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung zu beachten sind;	69. weist erneut darauf hin, dass es bei allen Vergabeverfahren wichtig ist, einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern sicherzustellen und Waren und Dienstleistungen zum besten Preis zu beschaffen, wobei ***europäische Unternehmen gegenüber außereuropäischen bevorzugt werden und*** die Grundsätze der Transparenz, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung zu beachten sind;

Or. fr

Änderungsantrag 99
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 69 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	69a. betont, dass die öffentlichen Auftraggeber im Zusammenhang mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis bestärkt werden sollten, Zuschlagskriterien zu wählen, mit denen sie hochwertige Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen erhalten können, die durch mögliche Zuschlagskriterien, die ökologische und soziale Aspekte umfassen, ihren Bedürfnissen optimal entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 100
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 70 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	70a. betont, wie wichtig es ist, die Digitalisierung innerhalb der Agenturen sowohl für den internen Betrieb und die interne Verwaltung als auch für die Beschleunigung der verfahrenstechnischen Digitalisierung zu verbessern; betont, dass weiterhin proaktiv vorgegangen werden muss, um eine digitale Kluft zwischen den Agenturen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 101
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 71

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
71. stellt fest, dass im Jahr 2023 bei den 33 dezentralen Agenturen deren Angaben zufolge insgesamt 10 580 Bedienstete (gegenüber 10 146 im Jahr 2022), darunter Beamte, Bedienstete auf Zeit, Vertragsbedienstete und abgeordnete nationale Sachverständige, beschäftigt waren, was im Vergleich zu 2022 eine erhebliche Steigerung um 4,27 % darstellt;	71. stellt fest, dass im Jahr 2023 bei den 33 dezentralen Agenturen deren Angaben zufolge insgesamt 10 580 Bedienstete (gegenüber 10 146 im Jahr 2022), darunter Beamte, Bedienstete auf Zeit, Vertragsbedienstete und abgeordnete nationale Sachverständige, beschäftigt waren, was im Vergleich zu 2022 eine erhebliche Steigerung um 4,27 % darstellt; ***bedauert diesen erheblichen Anstieg, der zusätzliche Personalausgaben nach sich zieht, während die Menschen in Europa unter der Inflation und den hohen Lebenshaltungskosten leiden;***

Or. fr

Änderungsantrag 102
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 71 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	71a. weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, eine langfristige Personalpolitik auszuarbeiten, die einen umfassenden Ansatz für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben gewährleistet, einschließlich Bestimmungen über Telearbeit, das Recht auf Nichterreichbarkeit und den beruflichen Aufstieg; fordert weitere Anstrengungen zur Verbesserung der geografischen Ausgewogenheit, damit alle Mitgliedstaaten angemessen vertreten

sind, sowie zur Stärkung der Einstellung, Inklusion und Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen, damit ihre uneingeschränkte Teilhabe und ihr berufliches Wachstum in den Agenturen gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 103
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen, darunter das ECDC, die ECHA, EMSA, ENISA, ERA und FRA sowie Frontex, Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; fordert die ***Agenturen nachdrücklich*** auf, ***weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Burnout-Fälle zu verhindern***; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals) Überstunden geleistet hat;	72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); ***fordert die dezentralen Agenturen nachdrücklich auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um der steigenden Zahl von Burnout-Fällen beim Personal entgegenzuwirken;*** stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen, darunter das ECDC, die ECHA, EMSA, ENISA, ERA und FRA sowie Frontex, Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; ***betont, dass das Recht auf Nichterreichbarkeit eine grundlegende Säule für den Schutz der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens des Personals ist, und verfolgt den Vorschlag der Kommission zum Recht auf Nichterreichbarkeit weiter;*** fordert die ***dezentralen Agenturen*** auf, ***obligatorische Strukturen zur***

Unterstützung der psychischen Gesundheit einzurichten; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals) Überstunden geleistet hat;

Or. en

Änderungsantrag 104
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen***, darunter das ECDC, die ECHA, EMSA, ENISA, ERA und FRA sowie Frontex,*** Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Burnout-Fälle zu verhindern; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals)	72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Burnout-Fälle zu verhindern; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals) Überstunden geleistet hat;

Überstunden geleistet hat;

Or. en

Änderungsantrag 105
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen, darunter das ECDC, die ECHA, EMSA, ENISA, ERA und FRA sowie Frontex, Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Burnout-Fälle zu verhindern; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals) Überstunden geleistet hat;	72. stellt fest, dass in sechs Agenturen Burnout-Fälle (insgesamt 25) zu verzeichnen waren, namentlich in der EASA (fünf Fälle), der EUA (vier Fälle), der EFCA (ein Fall), der EFSA (zwei Fälle), der EMA (zehn Fälle) und bei Europol (drei Fälle); stellt jedoch fest, dass aufgrund des Datenschutzes nicht alle Agenturen, darunter das ECDC, die ECHA, EMSA, ENISA, ERA und FRA sowie Frontex, Daten im Zusammenhang mit Burnout-Fällen erheben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass keine medizinischen Daten erhoben werden, da diese wichtig sind, um das psychische Wohlbefinden des Personals der Agenturen zu verfolgen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Burnout-Fälle zu verhindern; stellt fest, dass im Jahr 2022 in 19 Agenturen von mehreren Bediensteten Überstunden geleistet wurden (13 im Jahr 2021); stellt insbesondere fest, dass eine hohe Zahl von Bediensteten bei der EFSA (81 % des Personals) und bei Eurofound (97 % des Personals) Überstunden geleistet hat; ***betont, dass es wichtig ist, für ein gesundes Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben für alle, nicht zuletzt für Bedienstete, die Eltern sind, zu sorgen und kontinuierlich daran zu arbeiten, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer zu verbessern;***

Or. en

Änderungsantrag 106
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. stellt ***mit Besorgnis*** fest, dass die Personalfluktuation im Jahr 2023 in 18 von 33 Agenturen (namentlich Cedefop, CEPOL, EBA, EFCA, EIGE, EIOPA, EIT, ELA, EUDA, ETF, EUAA, eu-LISA, Eurofound, Eurojust, Europol, EUSPA) über 5 % betrug und dass bei drei von ihnen die Quote von 10 % überstiegen wurde (namentlich GEREK, CdT, Eurojust); zollt den Agenturen Anerkennung, die gezielte Maßnahmen ergriffen haben, um einer hohen Personalfluktuation vorzubeugen; betont, dass es wichtig ist, dass alle Agenturen Maßnahmen zur Verbesserung des Talentmanagements und der Bindung von Talenten ergreifen; baut auf das EUAN, für seine Mitgliedsagenturen ein Forum für den Austausch bewährter Verfahren zu sein und nach Möglichkeit dabei die Kräfte zu bündeln;	73. stellt fest, dass die Personalfluktuation im Jahr 2023 in 18 von 33 Agenturen (namentlich Cedefop, CEPOL, EBA, EFCA, EIGE, EIOPA, EIT, ELA, EUDA, ETF, EUAA, eu-LISA, Eurofound, Eurojust, Europol, EUSPA) über 5 % betrug und dass bei drei von ihnen die Quote von 10 % überstiegen wurde (namentlich GEREK, CdT, Eurojust); zollt den Agenturen Anerkennung, die gezielte Maßnahmen ergriffen haben, um einer hohen Personalfluktuation vorzubeugen; betont, dass es wichtig ist, dass alle Agenturen Maßnahmen zur Verbesserung des Talentmanagements und der Bindung von Talenten ergreifen; baut auf das EUAN, für seine Mitgliedsagenturen ein Forum für den Austausch bewährter Verfahren zu sein und nach Möglichkeit dabei die Kräfte zu bündeln;

Or. en

Änderungsantrag 107
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. stellt mit Besorgnis fest, dass die Personalfluktuation im Jahr 2023 in 18 von 33 Agenturen (namentlich Cedefop,	73. stellt mit Besorgnis fest, dass die Personalfluktuation im Jahr 2023 in 18 von 33 Agenturen (namentlich Cedefop,

CEPOL, EBA, EFCA, EIGE, EIOPA, EIT, ELA, EUDA, ETF, EUAA, eu-LISA, Eurofound, Eurojust, Europol, EUSPA) über 5 % betrug und dass bei drei von ihnen die Quote von 10 % überstiegen wurde (namentlich GEREK, CdT, Eurojust); zollt den Agenturen Anerkennung, die gezielte Maßnahmen ergriffen haben, um einer hohen Personalfluktuation vorzubeugen; betont, dass es wichtig ist, dass alle Agenturen Maßnahmen zur Verbesserung des Talentmanagements und der Bindung von Talenten ergreifen; baut auf das EUAN, für seine Mitgliedsagenturen ein Forum für den Austausch bewährter Verfahren zu sein und nach Möglichkeit dabei die Kräfte zu bündeln;	CEPOL, EBA, EFCA, EIGE, EIOPA, EIT, ELA, EUDA, ETF, EUAA, eu-LISA, Eurofound, Eurojust, Europol, EUSPA) über 5 % betrug und dass bei drei von ihnen die Quote von 10 % überstiegen wurde (namentlich GEREK, CdT, Eurojust); zollt den Agenturen Anerkennung, die gezielte Maßnahmen ergriffen haben, um einer hohen Personalfluktuation vorzubeugen; betont, dass es wichtig ist, dass alle Agenturen Maßnahmen zur Verbesserung des Talentmanagements und der Bindung von Talenten ergreifen; baut auf das EUAN, für seine Mitgliedsagenturen ein Forum für den Austausch bewährter Verfahren zu sein und nach Möglichkeit dabei die Kräfte zu bündeln; ***fordert die Kommission auf, die Agenturen aktiv dabei zu unterstützen, das für die Erfüllung ihrer Mandate erforderliche Fachpersonal einzustellen, und eine engere Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen einschlägigen Einrichtungen zu fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 108
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. betont, dass die geografische Ausgewogenheit für mehrere Agenturen nach wie vor eine Herausforderung darstellt, bei denen ein erheblicher Prozentsatz des Gesamtpersonals die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats besitzt, in dem die Agenturen ihren Sitz haben;	74. betont, dass die geografische Ausgewogenheit für mehrere Agenturen nach wie vor eine Herausforderung darstellt, bei denen ein erheblicher Prozentsatz des Gesamtpersonals die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats besitzt, in dem die Agenturen ihren Sitz haben; ***ist der Ansicht, dass diese Ausgewogenheit jedoch nicht blindlings auf Kosten der Qualität der Bewerbungen angestrebt werden darf, da letztere bei der***

Personalauswahl Vorrang haben sollte;

Or. fr

Änderungsantrag 109
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. weist darauf hin, dass die Agenturen in Ländern mit einem relativ niedrigen Berichtigungskoeffizienten mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert sind, wenn es darum geht, qualifiziertes und geografisch diverses Personal zu gewinnen;	75. weist darauf hin, dass die Agenturen in Ländern mit einem relativ niedrigen Berichtigungskoeffizienten mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert sind, wenn es darum geht, qualifiziertes und geografisch diverses Personal zu gewinnen; ***fordert, dass geografisch unterrepräsentierte Regionen systemische wirtschaftliche Anreize einführen;***

Or. en

Änderungsantrag 110
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. weist darauf hin, dass die Agenturen in Ländern mit einem relativ niedrigen Berichtigungskoeffizienten mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert sind, wenn es darum geht, qualifiziertes und geografisch diverses Personal zu gewinnen;	75. weist darauf hin, dass die Agenturen in Ländern mit einem relativ niedrigen Berichtigungskoeffizienten mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert sind, wenn es darum geht, qualifiziertes und geografisch diverses Personal zu gewinnen***, und fordert die Kommission auf, sich dringend mit diesem Sachverhalt zu befassen***;

Or. en

Änderungsantrag 111
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 75 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	75a. fordert die Agenturen auf, davon abzusehen, die Geschlechter- und Wokenessideologie zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen, und stattdessen den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 112
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 76 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	76a. stellt fest, dass die Agenturen auf der Grundlage der schriftlichen Antworten an die Entlastungsbehörde vor allem im IKT-Bereich externe Berater in Anspruch nehmen; stellt ferner fest, dass einige Agenturen in hohem Maße externe Berater in Anspruch nehmen und sehr von ihnen abhängig sind, auch in den Bereichen ihrer Kernkompetenzen, die einen erheblichen Teil ihrer operativen Haushaltsmittel ausmachen (z. B. ACER, ETF, ELA usw.);

Or. en

Änderungsantrag 113
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 76 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	76a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern sollen;

Or. en

Änderungsantrag 114
Marit Maij, Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern zu geben, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen;	77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern ***und Vertragsbediensteten*** zu geben ***und dadurch langfristiger Beschäftigung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Inflation Vorrang einzuräumen***, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen; ***weist erneut darauf hin, dass sich die Aufgaben der Agenturen in Abhängigkeit von den politischen Prioritäten verändern, und betont, dass neue Verantwortlichkeiten mit entsprechenden Ressourcen einhergehen müssen; fordert Flexibilität für die Agenturen, damit sie Stellen für abgeordnete nationale Sachverständige in Stellen für Bedienstete auf Zeit umwandeln können, um für eine bessere***

Erhaltung von Fachwissen, operative Funktionsfähigkeit und die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 115
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern zu geben, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen;	77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern zu geben, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen; ***fordert in diesem Zusammenhang, dass Agenturen mit einem hohen Anteil abgeordneter nationaler Sachverständiger im Stellenplan Flexibilität bei der Umwandlung von Stellen für abgeordnete nationale Sachverständige in Stellen für Bedienstete auf Zeit eingeräumt wird, um eine bessere Erhaltung von Fachwissen, operative Funktionsfähigkeit und die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit sicherzustellen; besteht ferner darauf, dass keine Beratungsaufgaben externalisiert werden, wenn verfügbares Know-how intern verfügbar ist;***

Or. en

Änderungsantrag 116
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern zu geben, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen;	77. fordert alle Agenturen auf, festangestellten Mitarbeitern den Vorzug vor externen Beratern zu geben, um für hochwertige Arbeitsbedingungen zu sorgen und zu verhindern, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen; ***betont, dass Beschäftigungsunsicherheit aufgrund kurzfristiger Verträge vermieden werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 117
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. stellt fest, dass sich die Geschlechterverteilung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 auf der oberen und mittleren Führungsebene ***mit 64 % Männern und 36 % Frauen (67 % bzw. 33 % im Jahr 2022)*** und bei den Mitgliedern der Verwaltungsräte ***mit 58 % Männern und 42 % Frauen (60 % bzw. 40 % im Jahr 2022)*** leicht verbessert hat; stellt fest, dass sich das gemeldete Geschlechterverhältnis bei den Bediensteten ***mit 54 % Männern und 46 % Frauen (54 % bzw. 46 % im Jahr 2022)*** insgesamt nicht verändert hat; fordert die Agenturen auf, weiter auf eine ausgewogenere Vertretung der Geschlechter auf der höheren Führungsebene hinzuarbeiten***; fordert insbesondere die folgenden Agenturen auf, Frauen zur Bewerbung um Führungspositionen zu ermutigen und sie entsprechend zu unterstützen, da ihre Geschlechterverteilung nicht ausgewogen ist: ACER, GEREK-Büro, Cedefop, ECDC, ECHA, EFSA, EIOPA,***	78. stellt fest, dass sich die Geschlechterverteilung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 auf der oberen und mittleren Führungsebene und bei den Mitgliedern der Verwaltungsräte leicht verbessert hat; stellt fest, dass sich das gemeldete Geschlechterverhältnis bei den Bediensteten insgesamt nicht verändert hat; fordert die Agenturen auf, weiter auf eine ausgewogenere Vertretung der Geschlechter auf der höheren Führungsebene hinzuarbeiten ***und hierbei auch*** die ***spezifischen Tätigkeiten der einzelnen Agenturen*** zu ***berücksichtigen***; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, bei der Nominierung und Ernennung von Mitgliedern der Verwaltungsräte auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten; weist erneut auf das Bestreben der Agenturen hin, sich mit der Kommission abzustimmen, um bis Ende 2025 auf allen Verwaltungsebenen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von 50 % zu erreichen;

EMCDDA, EMSA, ENISA, ERA, eu-LISA, ELA, Europol, EUAA, EUSPA, Frontex; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, bei der Nominierung und Ernennung von Mitgliedern der Verwaltungsräte auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten; weist erneut auf das Bestreben der Agenturen hin, sich mit der Kommission abzustimmen, um bis Ende 2025 auf allen Verwaltungsebenen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von 50 % zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 118
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. stellt fest, dass sich die Geschlechterverteilung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 auf der oberen und mittleren Führungsebene mit 64 % Männern und 36 % Frauen (67 % bzw. 33 % im Jahr 2022) und bei den Mitgliedern der Verwaltungsräte mit 58 % Männern und 42 % Frauen (60 % bzw. 40 % im Jahr 2022) leicht verbessert hat; stellt fest, dass sich das gemeldete Geschlechterverhältnis bei den Bediensteten mit 54 % Männern und 46 % Frauen (54 % bzw. 46 % im Jahr 2022) insgesamt nicht verändert hat; fordert die Agenturen auf, weiter auf eine ausgewogenere Vertretung der Geschlechter auf der höheren Führungsebene hinzuarbeiten; fordert insbesondere die folgenden Agenturen auf, Frauen zur Bewerbung um Führungspositionen zu ermutigen und sie entsprechend zu unterstützen, da ihre Geschlechterverteilung nicht ausgewogen	78. stellt fest, dass sich die Geschlechterverteilung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 auf der oberen und mittleren Führungsebene mit 64 % Männern und 36 % Frauen (67 % bzw. 33 % im Jahr 2022) und bei den Mitgliedern der Verwaltungsräte mit 58 % Männern und 42 % Frauen (60 % bzw. 40 % im Jahr 2022) leicht verbessert hat; stellt fest, dass sich das gemeldete Geschlechterverhältnis bei den Bediensteten mit 54 % Männern und 46 % Frauen (54 % bzw. 46 % im Jahr 2022) insgesamt nicht verändert hat; fordert die Agenturen auf, weiter auf eine ausgewogenere Vertretung der Geschlechter auf der höheren Führungsebene hinzuarbeiten; fordert insbesondere die folgenden Agenturen auf, Frauen zur Bewerbung um Führungspositionen zu ermutigen und sie entsprechend zu unterstützen, da ihre Geschlechterverteilung nicht ausgewogen

ist: ACER, GEREK-Büro, Cedefop, ECDC, ECHA, EFSA, EIOPA, EMCDDA, EMSA, ENISA, ERA, eu-LISA, ELA, Europol, EUAA, EUSPA, Frontex; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, bei der Nominierung und Ernennung von Mitgliedern der Verwaltungsräte auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten; weist erneut auf das Bestreben der Agenturen hin, sich mit der Kommission abzustimmen, um bis Ende 2025 auf allen Verwaltungsebenen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von 50 % zu erreichen;	ist: ACER, GEREK-Büro, Cedefop, ECDC, ECHA, EFSA, EIOPA, EMCDDA, EMSA, ENISA, ERA, eu-LISA, ELA, Europol, EUAA, EUSPA, Frontex; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, bei der Nominierung und Ernennung von Mitgliedern der Verwaltungsräte auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten; weist erneut auf das Bestreben der Agenturen hin, sich mit der Kommission abzustimmen, um bis Ende 2025 auf allen Verwaltungsebenen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von 50 % zu erreichen; ***fordert die Agenturen auf, diesen Aspekten bei allen künftigen Personaleinstellungen und Ernennungen innerhalb ihrer höheren Führungsebene weiterhin Rechnung zu tragen;***

Or. en

Änderungsantrag 119
Marit Maij, Csaba Molnár, Claudiu Manda, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78a. fordert die dezentralen Agenturen nachdrücklich auf, die Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen zu stärken und für Chancengleichheit bei der Einstellung, der Laufbahnentwicklung und den Arbeitsbedingungen für alle Bediensteten zu sorgen; fordert die Agenturen auf, umfassende Strategien für Vielfalt und Inklusion auszuarbeiten, in deren Rahmen Fairness und Ausgewogenheit bei der Bewertung der Fortschritte und der Bereiche gefördert werden, bei denen Verbesserungsbedarf besteht; betont, dass die Agenturen bis Ende 2025 das geschlechterbezogene Lohngefälle angehen müssen, damit sie sich mit den

gleichstellungspolitischen Zielen der EU in Einklang bringen;

Or. en

Änderungsantrag 120
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78a. fordert alle Agenturen auf, solide Strategien für Vielfalt und Inklusion anzunehmen und umzusetzen, um die Chancengleichheit und die gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Minderheiten in Führungspositionen sicherzustellen; fordert die Agenturen auf, einen jährlichen Bericht über das geschlechterbezogene Lohngefälle zu veröffentlichen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das festgestellte Gefälle ausnahmslos zu schließen; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Einhaltung dieser Grundsätze im jährlichen Entlastungsverfahren zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 121
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. stellt fest, dass alle Agenturen Maßnahmen ergriffen haben, um das Wohlbefinden des Personals am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von	79. stellt fest, dass alle Agenturen Maßnahmen ergriffen haben, um das Wohlbefinden des Personals am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von

Beruf und Familie zu verbessern; stellt fest, dass die Anzahl und die Auswirkungen solcher Maßnahmen von einer Agentur zur anderen sehr unterschiedlich sind und dass es offenbar keinen gemeinsamen Bezugsrahmen für alle Agenturen gibt; fordert das EUAN auf, die Bemühungen um die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens in dieser Hinsicht zu koordinieren; stellt mit Zufriedenheit fest, dass eine große Mehrheit der Agenturen Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen ergriffen hat; fordert die Agenturen auf, bewährte Verfahren in Bezug auf Inklusion und das Wohlbefinden des Personals zur Anwendung zu bringen; fordert die Agenturen auf, ihren Mitarbeitern regelmäßig relevante Schulungen anzubieten;	Beruf und Familie zu verbessern; stellt fest, dass die Anzahl und die Auswirkungen solcher Maßnahmen von einer Agentur zur anderen sehr unterschiedlich sind und dass es offenbar keinen gemeinsamen Bezugsrahmen für alle Agenturen gibt; fordert das EUAN auf, die Bemühungen um die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens in dieser Hinsicht zu koordinieren; stellt mit Zufriedenheit fest, dass eine große Mehrheit der Agenturen Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen ergriffen hat; fordert die Agenturen auf, bewährte Verfahren in Bezug auf Inklusion und das Wohlbefinden des Personals zur Anwendung zu bringen ***und ganz allgemein die Entwicklung eines langfristigen Rahmens für die Personalpolitik weiterzuverfolgen, der auch künftig auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie auf lebensbegleitende Beratung und Laufbahnentwicklung, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis, Telearbeit, geografische Ausgewogenheit sowie auf die Einstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen abzielt; hebt die nützliche Rolle hervor, die der Austausch bewährter Verfahren in diesem Bereich spielen kann***; fordert die Agenturen auf, ihren Mitarbeitern regelmäßig relevante Schulungen anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 122
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. stellt fest, dass alle Agenturen Maßnahmen ergriffen haben, um das Wohlbefinden des Personals am	79. stellt fest, dass alle Agenturen Maßnahmen ergriffen haben, um das Wohlbefinden des Personals am

Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern; stellt fest, dass die Anzahl und die Auswirkungen solcher Maßnahmen von einer Agentur zur anderen sehr unterschiedlich sind und dass es offenbar keinen gemeinsamen Bezugsrahmen für alle Agenturen gibt; fordert das EUAN auf, die Bemühungen um die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens in dieser Hinsicht zu koordinieren; stellt mit Zufriedenheit fest, dass eine große Mehrheit der Agenturen Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen ergriffen hat; fordert die Agenturen auf, bewährte Verfahren in Bezug auf Inklusion und das Wohlbefinden des Personals zur Anwendung zu bringen; fordert die Agenturen auf, ihren Mitarbeitern regelmäßig relevante Schulungen anzubieten;	Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern; stellt fest, dass die Anzahl und die Auswirkungen solcher Maßnahmen von einer Agentur zur anderen sehr unterschiedlich sind und dass es offenbar keinen gemeinsamen Bezugsrahmen für alle Agenturen gibt; fordert das EUAN auf, die Bemühungen um die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens in dieser Hinsicht zu koordinieren; stellt mit Zufriedenheit fest, dass eine große Mehrheit der Agenturen Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen ergriffen hat; fordert ***Agenturen, die diesem Beispiel nicht folgen, auf, solche Maßnahmen zu ergreifen; fordert*** die Agenturen auf, bewährte Verfahren in Bezug auf Inklusion und das Wohlbefinden des Personals zur Anwendung zu bringen; fordert die Agenturen auf, ihren Mitarbeitern regelmäßig relevante Schulungen anzubieten; ***betont, dass es wichtig ist, die Bemühungen um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen und in höheren Führungspositionen zu intensivieren; weist die Agenturen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es wichtig ist, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu schützen;***
	Or. en

Änderungsantrag 123
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 79 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79a. fordert alle Agenturen auf, eine Strategie zum Schutz der persönlichen Würde und zur Prävention von Mobbing

	und sexueller Belästigung umzusetzen und sich an der agenturübergreifenden Task Force der Vertrauenspersonen zu beteiligen; fordert eine regelmäßige Berichterstattung über ihre Maßnahmen und Fortschritte in diesem Bereich;

Or. en

Änderungsantrag 124
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. ***betont***, dass ein wahrgenommener Interessenkonflikt ein Reputationsrisiko für die Agentur darstellen kann, auch wenn er sich als unbegründet erweist; ***ist daher der Auffassung, dass, unter gebührender Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit, das Risiko eines wahrgenommenen Interessenkonflikts so behandelt werden sollte, als ob es sich um einen tatsächlichen Konflikt handelte;***	80. ***merkt an***, dass ein wahrgenommener Interessenkonflikt ein Reputationsrisiko für die Agentur darstellen kann, auch wenn er sich als unbegründet erweist;

Or. en

Änderungsantrag 125
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. betont, dass ein wahrgenommener Interessenkonflikt ein Reputationsrisiko für die Agentur darstellen kann, auch wenn er sich als unbegründet erweist; ist daher der Auffassung, dass, unter gebührender Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit, das Risiko eines wahrgenommenen	80. betont, dass ein wahrgenommener Interessenkonflikt ein Reputationsrisiko für die Agentur darstellen kann, auch wenn er sich als unbegründet erweist; ist daher der Auffassung, dass, unter gebührender Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit, das Risiko eines wahrgenommenen

Interessenkonflikts ***so behandelt*** werden sollte***, als ob es sich um einen tatsächlichen Konflikt handelte***;	Interessenkonflikts ***ebenfalls angegangen*** werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 126
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 80 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	80a. betont, dass die finanziellen Interessen der Europäischen Union im Europäischen Parlament und in der Kommission erwiesenermaßen nicht gut geschützt wurden, stellt fest, dass in diesen Organen eine beispiellose Anzahl von Skandalen großen Ausmaßes aufgedeckt wurden, und weist darauf hin, dass die Vorschriften der Agenturen in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Transparenz weiter gestärkt und überarbeitet und dass die daraus gezogenen Lehren angewandt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 127
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. stellt fest, dass der Rechnungshof für 2023 ***mit Ausnahme von Frontex und der EMCDDA*** keine größeren Fälle von Interessenkonflikten gemeldet hat;	81. stellt fest, dass der Rechnungshof für 2023 keine größeren Fälle von Interessenkonflikten gemeldet hat;

Or. en

Änderungsantrag 128
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82a. betont, dass die Vorschriften der Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU, zur Gewährleistung von Transparenz und zur Vermeidung von Fehlverhalten nicht funktionieren, da sich gezeigt hat, dass ehemalige Mitglieder der Kommission derzeit wegen Missbrauchs von EU-Mitteln, Fehlverhalten und Geldwäsche vernommen werden und Untersuchungen gegen sie laufen, und fordert die Agenturen auf, Rückschlüsse aus den laufenden Fällen zu ziehen, um ihre eigene Betrugsbekämpfungsarchitektur zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 129
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82a. fordert das Netzwerk der EU-Agenturen nachdrücklich auf, unverzüglich eine Studie über die Arbeitsverträge von Reinigungskräften in dezentralen Agenturen durchzuführen, auch darüber, wie hoch der Anteil der langfristigen und kurzfristigen Verträge ausfällt;

Or. en

Änderungsantrag 130
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 82 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82b. fordert, dass für alle Beschäftigten in den Agenturen in den ersten sechs Monaten nach Unterzeichnung ihres Vertrags verpflichtende Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung eingeführt werden, die alle fünf Jahre aufgefrischt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 131
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 82 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82c. unterstützt die anhaltenden Bemühungen der Frontex, ihren Grundrechtsbeauftragten zu stärken, und nimmt zur Kenntnis, dass im Jahr 2023 46 Grundrechtebeobachter beschäftigt waren; hält es für geboten, dass alle Grundrechtebeobachter in der Besoldungsgruppe AD eingestellt werden, damit ihre Kompetenz und Unabhängigkeit weiter gestärkt werden; weist darauf hin, dass die Frontex wichtige Schritte unternommen hat, um auf die Stellungnahmen des Grundrechtsbeauftragten, insbesondere zu Themen wie der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und Menschenhandel, zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 132
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. ist besorgt darüber, dass sich die zweite Bemerkung des Rechnungshofs zum EIT auf den Übergang der Agentur zu einer Struktur der mehrjährigen Finanzhilfevereinbarungen bezieht, die Verfahren und Leitlinien für Ex-post-Kontrollen von Finanzhilfezahlungen jedoch nicht aktualisiert wurden, um den Auswirkungen Rechnung zu tragen; ***stellt fest***, dass das EIT bereits dabei ist, seinen Ex-post-Kontrollmechanismus zu aktualisieren, um diesen Auswirkungen zu begegnen;	87. ist besorgt darüber, dass sich die zweite Bemerkung des Rechnungshofs zum EIT auf den Übergang der Agentur zu einer Struktur der mehrjährigen Finanzhilfevereinbarungen bezieht, die Verfahren und Leitlinien für Ex-post-Kontrollen von Finanzhilfezahlungen jedoch nicht aktualisiert wurden, um den Auswirkungen Rechnung zu tragen; ***begrüßt***, dass das EIT bereits dabei ist, seinen Ex-post-Kontrollmechanismus zu aktualisieren, um diesen Auswirkungen zu begegnen;

Or. en

Änderungsantrag 133
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 90

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
90. stellt fest, dass bei Eurojust im Jahr 2023 ein Anstieg der als Ausnahmen oder Verstöße eingestuften atypischen Vorgänge zu beobachten war, wobei die Zahl der Vorfälle von 43 auf 71 anstieg und sich der betroffene Gesamtbetrag im Vergleich zu 2022 von 294 000 EUR auf 566 400 EUR erhöhte; nimmt die Reaktion von Eurojust auf die Bemerkung zur Kenntnis, wonach die meisten als Verstöße eingestuften Vorgänge im Jahr 2023 einem einzigen	90. stellt fest, dass bei Eurojust im Jahr 2023 ein Anstieg der als Ausnahmen oder Verstöße eingestuften atypischen Vorgänge zu beobachten war, wobei die Zahl der Vorfälle von 43 auf 71 anstieg und sich der betroffene Gesamtbetrag im Vergleich zu 2022 von 294 000 EUR auf 566 400 EUR erhöhte; nimmt die Reaktion von Eurojust auf die Bemerkung zur Kenntnis, wonach die meisten als Verstöße eingestuften Vorgänge im Jahr 2023 einem einzigen

Vorgang in Bezug auf eine Finanzhilfe der gemeinsamen Ermittlungsgruppe zugerechnet wurden; nimmt zur Kenntnis, dass der Anstieg nach Angaben der Agentur in erster Linie auf unzureichende personelle Ressourcen und Ineffizienzen bei den internen Verfahren zurückzuführen ist, ***die*** Eurojust durch die Überarbeitung des derzeitigen Verfahrens für die Registrierung und Meldung von Verstößen im Jahr 2024 anging;	Vorgang in Bezug auf eine Finanzhilfe der gemeinsamen Ermittlungsgruppe zugerechnet wurden; nimmt zur Kenntnis, dass der Anstieg nach Angaben der Agentur in erster Linie auf unzureichende personelle Ressourcen und Ineffizienzen bei den internen Verfahren zurückzuführen ist, ***und begrüßt, dass*** Eurojust ***dieses Problem*** durch die Überarbeitung des derzeitigen Verfahrens für die Registrierung und Meldung von Verstößen im Jahr 2024 anging;

Or. en

Änderungsantrag 134
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. stellt fest, dass der Exekutivdirektor der EUSPA bestätigt hatte, dass vor der Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung verfrüht mit der Überwachung von Tätigkeiten begonnen wurde, was dazu führte, dass Tätigkeiten ohne Mittelbindung durchgeführt wurden; ***hebt hervor***, dass dies nicht im Ausnahmeregister oder im jährlichen Tätigkeitsbericht verzeichnet wurde, was gegen die Haushaltsordnung verstößt; stellt fest, dass die EUSPA geltend macht, dass es nicht notwendig gewesen sei, den verfrühten Beginn von Tätigkeiten ohne Mittelbindung im Ausnahmeregister zu registrieren, jedoch einräumt, dass der Fall nicht wie notwendig im jährlichen Tätigkeitsbericht dargestellt wurde;	91. stellt fest, dass der Exekutivdirektor der EUSPA bestätigt hatte, dass vor der Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung verfrüht mit der Überwachung von Tätigkeiten begonnen wurde, was dazu führte, dass Tätigkeiten ohne Mittelbindung durchgeführt wurden; ***stellt fest***, dass dies nicht im Ausnahmeregister oder im jährlichen Tätigkeitsbericht verzeichnet wurde, was gegen die Haushaltsordnung verstößt; stellt fest, dass die EUSPA geltend macht, dass es nicht notwendig gewesen sei, den verfrühten Beginn von Tätigkeiten ohne Mittelbindung im Ausnahmeregister zu registrieren, jedoch einräumt, dass der Fall nicht wie notwendig im jährlichen Tätigkeitsbericht dargestellt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 135

Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. fordert die EUSPA auf, ihre Bemühungen als wichtiger Akteur bei der Umsetzung des EU-Weltraumprogramms fortzusetzen und die industrielle Basis, die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der EU zu stärken; spricht sich dafür aus, dem europäischen Beschaffungswesen Vorrang einzuräumen, insbesondere in Bereichen, die für die Widerstandsfähigkeit, strategische Autonomie und Souveränität der EU von entscheidender Bedeutung sind; hebt die entscheidende Rolle von Galileo und seinem öffentlichen regulierten Dienst für die Sicherheit und Verteidigung der Union hervor, neben den kurzfristigen Vorteilen der staatlichen Satellitenkommunikation und dem langfristigen strategischen Wert von IRIS²; betont, dass die Initiativen der EU für Fähigkeiten im Bereich Verteidigung und Sicherheit das Fachwissen und die Infrastruktur des EU-Weltraumsektors nutzen sollten, um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 136
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 93

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
93. ***stellt fest***, dass der Exekutivdirektor der ENISA im September 2023 15 Zeitarbeitskräften gestattete, Aufgaben im Finanzkreislauf ohne vorherige	93. ***bedauert***, dass der Exekutivdirektor der ENISA im September 2023 15 Zeitarbeitskräften gestattete, Aufgaben im Finanzkreislauf ohne vorherige

Genehmigung zu übernehmen, was bestimmungswidrig ist; ist sich bewusst, dass die ENISA der Antwort der Agentur zufolge aufgrund betrieblicher Anforderungen und der Ressourcenknappheit Zeitarbeitskräfte und abgeordnete nationale Sachverständige beschäftigt und um Genehmigung ersuchen wird, von den Finanzvorschriften abzuweichen, wenn die Ressourcenknappheit anhält;	Genehmigung zu übernehmen, was bestimmungswidrig ist; ist sich bewusst, dass die ENISA der Antwort der Agentur zufolge aufgrund betrieblicher Anforderungen und der Ressourcenknappheit Zeitarbeitskräfte und abgeordnete nationale Sachverständige beschäftigt und um Genehmigung ersuchen wird, von den Finanzvorschriften abzuweichen, wenn die Ressourcenknappheit anhält;

Or. en

Änderungsantrag 137
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. stellt ferner fest, dass der Rechnungsführer der ENISA auch als Koordinator für die interne Kontrolle ernannt wurde, was gegen die Vorschriften über die Aufgabentrennung verstößt; nimmt zur Kenntnis, dass die ENISA die Bemerkung zur Kenntnis genommen hat, allerdings der Ansicht ist, dass die Rollen des Koordinators für die interne Kontrolle und des Rechnungsführers nicht unbedingt unvereinbar sind, weil der Anweisungsbefugte dem Koordinator für die interne Kontrolle keine Befugnisse übertragen hatte; begrüßt, dass die ENISA die Aufgaben und Zuständigkeiten des Koordinators für die interne Kontrolle in ihren internen Verfahren klären wird;	94. stellt ferner fest, dass der Rechnungsführer der ENISA auch als Koordinator für die interne Kontrolle ernannt wurde, was gegen die Vorschriften über die Aufgabentrennung verstößt; nimmt zur Kenntnis, dass die ENISA die Bemerkung zur Kenntnis genommen hat, allerdings der Ansicht ist, dass die Rollen des Koordinators für die interne Kontrolle und des Rechnungsführers nicht unbedingt unvereinbar sind, weil der Anweisungsbefugte dem Koordinator für die interne Kontrolle keine Befugnisse übertragen hatte; begrüßt, dass die ENISA die Aufgaben und Zuständigkeiten des Koordinators für die interne Kontrolle in ihren internen Verfahren klären wird; ***fordert, dass das Europäische Parlament bis zum 30. Juni 2025 über die diesbezüglichen Fortschritte informiert wird;***

Or. en

Änderungsantrag 138
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 97

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
97. fordert die Agenturen auf, die Bemerkungen des Rechnungshofs ***gewissenhaft*** umzusetzen und ***ihre*** Rahmen für die interne Kontrolle ***weiter*** zu ***verbessern***;	97. fordert die Agenturen auf, die Bemerkungen des Rechnungshofs ***umgehend und systematisch*** umzusetzen und ***konkrete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um die im*** Rahmen für die interne Kontrolle ***festgestellten Schwachstellen*** zu ***beheben; fordert nachdrücklich, dass strengere Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht ergriffen werden, damit anhaltende Mängel zu gezielten Abhilfen führen und dass bei wiederholten Verstößen mit Folgen zu rechnen ist;***

Or. en

Änderungsantrag 139
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 97

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
97. fordert ***die*** Agenturen auf, die Bemerkungen des Rechnungshofs gewissenhaft umzusetzen und ihre Rahmen für die interne Kontrolle weiter zu verbessern;	97. fordert ***alle*** Agenturen auf, die Bemerkungen des Rechnungshofs gewissenhaft umzusetzen und ihre Rahmen für die interne Kontrolle weiter zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 140
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 97 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	97a. stellt fest, dass die Agenturen die Mechanismen der Finanzberichterstattung und der internen Kontrolle verbessern müssen; fordert die Agenturen auf, jährlich eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben vorzulegen, einschließlich aufgeschlüsselter Daten zu externen Verträgen, Beratungsdienstleistungen und Unterauftragnehmern; besteht darauf, dass digitale Instrumente für die Berichterstattung in Echtzeit benötigt werden, mit denen die Finanzaufsicht und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament und der Öffentlichkeit verbessert werden; spricht sich für weitere Fortschritte bei den Prüfungsempfehlungen aus;

Or. en

Änderungsantrag 141
Marit Maij, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 97 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	97a. begrüßt, dass die Europäische Chemikalienagentur in Zusammenarbeit mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Schritte unternommen hat, um den Grundsatz „Ein Stoff, eine Bewertung“ zu fördern, damit die Bewertung der Gefahren und Risiken von Wirkstoffen kohärenter verläuft; fordert die Agenturen auf, sich auch weiterhin für die Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen und mit internationalen Organisationen sowie für den Dialog mit interessierten Akteuren und Bürgern einzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 142
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 97 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	97b. weist auf den Null-Toleranz-Ansatz der Union gegenüber der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) und auf den entscheidenden Beitrag der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) zur Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), insbesondere der Fischereikontrolle und der Bekämpfung der IUU-Fischerei, hin;

Or. en

Änderungsantrag 143
Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 97 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	97c. betont, dass in erster Linie die Mitgliedstaaten für die Kontrolle der Fischerei zuständig sind, während die Aufgaben der Agentur auf Unterstützung, Koordinierung und Bereitstellung von Hilfe für die Mitgliedstaaten in diesem Bereich beschränkt sind; fordert die Agentur auf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, schwerwiegende Verstöße in Bezug auf Zwangsarbeit zu prüfen und zu ermitteln sowie geeignete Schulungen im Zusammenhang mit diesen schwerwiegenden Verstößen für die Prüfer anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 144
Marit Maij, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 97 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	97d. begrüßt, dass die Agentur weiterhin mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) bei Aufgaben der Küstenwache zusammenarbeitet; hält es für angemessen, die Zusammenarbeit zwischen der EFCA und anderen Agenturen, insbesondere der Europäischen Umweltagentur (EUA) und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 145
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 98

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
98. stellt fest, dass die dezentralen Agenturen der Europäischen Union verschiedene Mechanismen eingerichtet haben, um der Transparenz sowie Lobbytätigkeiten in ihren jeweiligen Politikbereichen Rechnung zu tragen; betont jedoch, dass es den Agenturen dem Rechnungshof zufolge nicht immer gelungen ist, bei Ausschreibungen mit komplexen Vergabevorschriften und -verfahren ein zufriedenstellendes Maß in	98. stellt fest, dass die dezentralen Agenturen der Europäischen Union verschiedene Mechanismen eingerichtet haben, um der Transparenz sowie Lobbytätigkeiten in ihren jeweiligen Politikbereichen Rechnung zu tragen; betont jedoch, dass es den Agenturen dem Rechnungshof zufolge nicht immer gelungen ist, bei Ausschreibungen mit komplexen Vergabevorschriften und -verfahren ein zufriedenstellendes Maß in

Bezug auf Transparenz und das Preis-/Leistungsverhältnis zu erreichen[31];	Bezug auf Transparenz und das Preis-/Leistungsverhältnis zu erreichen[31]; ***nimmt mit Besorgnis die verbleibenden Transparenzprobleme zur Kenntnis, in deren Folge wiederum die Kohärenz, Wirksamkeit und vor allem die Rechenschaftspflicht beeinträchtigt werden;***
[31] Beispiel: Europäische Bankenaufsichtsbehörde, (EBA) – Rechnungshof, S. 93; Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) – Rechnungshof, S. 118; Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) – Rechnungshof, S. 297.	[31] Beispiel: Europäische Bankenaufsichtsbehörde, (EBA) – Rechnungshof, S. 93; Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) – Rechnungshof, S. 118; Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) – Rechnungshof, S. 297.

Or. en

Änderungsantrag 146
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 98 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	98a. betont, dass es für die Agenturen wichtig ist, ihre Präsenz in den Medien, im Internet und in den sozialen Medien zu verbessern, um die Öffentlichkeit stärker für ihre Arbeit zu sensibilisieren;

Or. en

Änderungsantrag 147
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 99 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	99a. erkennt die wachsende Bedeutung des digitalen Wandels für die Agenturen an und unterstützt weitere Investitionen in digitale Instrumente und Innovationen; betont, wie wichtig es angesichts der zunehmenden Risiken von Cyberbedrohungen und Datenschutzverstößen ist, die Cybersicherheitsmaßnahmen in allen Agenturen zu stärken; fordert zusätzliche Investitionen in eine sichere IT-Infrastruktur und Cybersicherheitsschulungen für das Personal der Agenturen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rechnungshof einen jährlichen Bericht über die Bewertung des Cybersicherheitsrisikos vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 148
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 100

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
100. weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2022 eine Initiativuntersuchung, FALL OI/4/2022/PB, eingeleitet hat, um zu untersuchen, wie Frontex mit Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten umgeht, und dass die Bürgerbeauftragte Probleme mit zwei von Frontex angewandten Verfahren feststellte: Verschiebung der Registrierung von Anträgen, um den Beginn gesetzlicher Fristen zu verhindern, und Aussetzung von Fristen aufgrund ungenauer Anträge; wobei die Bürgerbeauftragte der Ansicht war, dass	***entfällt***

dies einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt, und Frontex empfahl, dieses Vorgehen einzustellen, wobei Frontex die Empfehlung nicht akzeptierte und die Bürgerbeauftragte die Untersuchung 2024 abschloss und ihre Feststellung eines Missstands in der Verwaltungstätigkeit bestätigte; weist darauf hin, dass das Parlament die Agentur im Rahmen der Entlastung 2022 aufgefordert hat, sich schneller und transparenter mit dem Thema Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu befassen;

Or. en

Änderungsantrag 149
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 100

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
100. weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2022 eine Initiativuntersuchung, FALL OI/4/2022/PB, eingeleitet hat, um zu untersuchen, wie Frontex mit Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten umgeht, und dass die Bürgerbeauftragte Probleme mit zwei von Frontex angewandten Verfahren feststellte: Verschiebung der Registrierung von Anträgen, um den Beginn gesetzlicher Fristen zu verhindern, und Aussetzung von Fristen aufgrund ungenauer Anträge; wobei die Bürgerbeauftragte der Ansicht war, dass dies einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt, und Frontex empfahl, dieses Vorgehen einzustellen, wobei Frontex die Empfehlung nicht akzeptierte und die Bürgerbeauftragte die Untersuchung 2024 abschloss und ihre Feststellung eines Missstands in der	100. weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2022 eine Initiativuntersuchung, FALL OI/4/2022/PB, eingeleitet hat, um zu untersuchen, wie Frontex mit Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten umgeht, und dass die Bürgerbeauftragte Probleme mit zwei von Frontex angewandten Verfahren feststellte: Verschiebung der Registrierung von Anträgen, um den Beginn gesetzlicher Fristen zu verhindern, und Aussetzung von Fristen aufgrund ungenauer Anträge; wobei die Bürgerbeauftragte der Ansicht war, dass dies einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt, und Frontex empfahl, dieses Vorgehen einzustellen, wobei Frontex die Empfehlung nicht akzeptierte und die Bürgerbeauftragte die Untersuchung 2024 abschloss und ihre Feststellung eines Missstands in der

Verwaltungstätigkeit bestätigte; weist ***darauf hin, dass das Parlament die*** Agentur im Rahmen der Entlastung 2022 ***aufgefordert hat***, sich schneller und transparenter mit dem Thema Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu befassen;	Verwaltungstätigkeit bestätigte; weist ***auf die vorrangige Forderung des Parlaments gegenüber der*** Agentur im Rahmen der Entlastung 2022 ***hin***, sich schneller und transparenter mit dem Thema Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu befassen;

Or. en

Änderungsantrag 150
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 101

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
101. stellt ferner fest, dass es Frontex 2023 ablehnte, der Öffentlichkeit Zugang zu einem Bericht ihres Grundrechtsbeauftragten über eine Frontex-Operation in Albanien zu gewähren (Fall 652/2023/VB), was zu einer Untersuchung der Bürgerbeauftragten führte; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte der Ansicht war, dass Frontex Zugang zu einigen Teilen des Berichts hätte gewähren sollen, und Frontex den Lösungsvorschlag der Bürgerbeauftragten annahm;	101. stellt ferner fest, dass es Frontex 2023 ablehnte, der Öffentlichkeit Zugang zu einem Bericht ihres Grundrechtsbeauftragten über eine Frontex-Operation in Albanien zu gewähren (Fall 652/2023/VB), was zu einer Untersuchung der Bürgerbeauftragten führte; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte der Ansicht war, dass Frontex Zugang zu einigen Teilen des Berichts hätte gewähren sollen, und ***begrüßt, dass*** Frontex den Lösungsvorschlag der Bürgerbeauftragten annahm;

Or. en

Änderungsantrag 151
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. betont, dass die Nutzung des Transparenzregisters von den Unterzeichnern der Interinstitutionellen	103. betont, dass die Nutzung des Transparenzregisters von den Unterzeichnern der Interinstitutionellen

Vereinbarung gefördert und gefordert wird;	Vereinbarung gefördert und gefordert wird; ***weist erneut darauf hin, dass alle dezentralen Agenturen nachdrücklich aufgefordert werden, das Register in vollem Umfang zu nutzen;***

Or. en

Änderungsantrag 152
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 104

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
104. ***stellt fest***, ***dass derzeit nur zwei Agenturen***, ***namentlich*** die ***eu-LISA und Frontex***, ***externe*** Kontakte auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen;	104. ***fordert alle Agenturen auf***, ***dem Beispiel von eu-LISA und Frontex zu folgen***, ***die*** die ***einzigen beiden Agenturen sind***, ***die die externen*** Kontakte ***Dritter*** auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen;

Or. en

Änderungsantrag 153
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 104

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
104. stellt fest, dass derzeit nur zwei Agenturen, namentlich die eu-LISA und Frontex, externe Kontakte auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen;	104. stellt fest, dass derzeit nur zwei Agenturen, namentlich die eu-LISA und Frontex, externe Kontakte auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen; ***legt anderen Agenturen nahe, von dieser freiwilligen Möglichkeit zur Nutzung des Transparenzregisters Gebrauch zu machen;***

Or. en

Änderungsantrag 154
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 104

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
104. stellt fest, dass derzeit nur zwei Agenturen, namentlich die eu-LISA und Frontex, externe Kontakte auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen;	104. stellt ***mit Besorgnis*** fest, dass derzeit nur zwei Agenturen, namentlich die eu-LISA und Frontex, externe Kontakte auffordern, sich in das Transparenzregister einzutragen;

Or. en

Änderungsantrag 155
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 105

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
105. nimmt zur Kenntnis, dass sich die eu-LISA auf die Cybersicherheit und die Bekämpfung von Bedrohungen im Cyberbereich konzentriert und insbesondere die notwendigen Vorbereitungen für Verpflichtungen getroffen hat, die sich aus den neuen Verordnungen der Union über Informationssicherheit und Cybersicherheit ergeben; hebt hervor, dass die eu-LISA eine Plattform für die Sicherheitsüberwachung betreibt und pflegt, einen Plan für Cybersicherheitsvorfälle und Protokolle für die Reaktion auf Vorfälle erstellt hat und einen rund um die Uhr verfügbaren Bereitschaftsdienst zur Verfügung stellt, um dafür zu sorgen, dass Cyberbedrohungen zeitnah erkannt werden und rasch darauf reagiert wird; begrüßt die Rolle der eu-LISA bei der Unterstützung behördenübergreifender Cybersicherheitsübungen in	105. nimmt zur Kenntnis, dass sich die eu-LISA auf die Cybersicherheit und die Bekämpfung von Bedrohungen im Cyberbereich konzentriert und insbesondere die notwendigen Vorbereitungen für Verpflichtungen getroffen hat, die sich aus den neuen Verordnungen der Union über Informationssicherheit und Cybersicherheit ergeben; hebt hervor, dass die eu-LISA eine Plattform für die Sicherheitsüberwachung betreibt und pflegt, einen Plan für Cybersicherheitsvorfälle und Protokolle für die Reaktion auf Vorfälle erstellt hat und einen rund um die Uhr verfügbaren Bereitschaftsdienst zur Verfügung stellt, um dafür zu sorgen, dass Cyberbedrohungen zeitnah erkannt werden und rasch darauf reagiert wird; begrüßt die Rolle der eu-LISA bei der Unterstützung behördenübergreifender Cybersicherheitsübungen in

Zusammenarbeit mit dem Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres[33];	Zusammenarbeit mit dem Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres[33]; ***schlägt vor, die Zusammenarbeit zwischen der eu-LISA und anderen Agenturen, die Know-how im Bereich der Cybersicherheit nutzen könnten, weiterzuentwickeln, etwa was die EUSPA betrifft;***
[33] Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) – das Netz umfasst neun Agenturen: CEPOL, EASO, EIGE, EMCDDA, eu-LISA, Eurojust, Europol, FRA und Frontex.	[33] Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) – das Netz umfasst neun Agenturen: CEPOL, EASO, EIGE, EMCDDA, eu-LISA, Eurojust, Europol, FRA und Frontex.

Or. en

Änderungsantrag 156
Marit Maij, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 105

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
105. nimmt zur Kenntnis, dass sich die eu-LISA auf die Cybersicherheit und die Bekämpfung von Bedrohungen im Cyberbereich konzentriert und insbesondere die notwendigen Vorbereitungen für Verpflichtungen getroffen hat, die sich aus den neuen Verordnungen der Union über Informationssicherheit und Cybersicherheit ergeben; hebt hervor, dass die eu-LISA eine Plattform für die Sicherheitsüberwachung betreibt und pflegt, einen Plan für Cybersicherheitsvorfälle und Protokolle für die Reaktion auf Vorfälle erstellt hat und einen rund um die Uhr verfügbaren Bereitschaftsdienst zur Verfügung stellt, um dafür zu sorgen, dass Cyberbedrohungen zeitnah erkannt werden und rasch darauf reagiert wird; begrüßt die Rolle der eu-LISA bei der Unterstützung	105. nimmt zur Kenntnis, dass sich die eu-LISA auf die Cybersicherheit und die Bekämpfung von Bedrohungen im Cyberbereich konzentriert und insbesondere die notwendigen Vorbereitungen für Verpflichtungen getroffen hat, die sich aus den neuen Verordnungen der Union über Informationssicherheit und Cybersicherheit ergeben; hebt hervor, dass die eu-LISA eine Plattform für die Sicherheitsüberwachung betreibt und pflegt, einen Plan für Cybersicherheitsvorfälle und Protokolle für die Reaktion auf Vorfälle erstellt hat und einen rund um die Uhr verfügbaren Bereitschaftsdienst zur Verfügung stellt, um dafür zu sorgen, dass Cyberbedrohungen zeitnah erkannt werden und rasch darauf reagiert wird; begrüßt die Rolle der eu-LISA bei der Unterstützung

behördenübergreifender Cybersicherheitsübungen in Zusammenarbeit mit dem Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres[33];	behördenübergreifender Cybersicherheitsübungen in Zusammenarbeit mit dem Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres[33]; ***betont, wie wichtig es ist, dass die dezentralen Agenturen in vollem Umfang in der Lage sind, sich gegen Cyberangriffe ausländischer Akteure zu verteidigen;***
[33] Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) – das Netz umfasst neun Agenturen: CEPOL, EASO, EIGE, EMCDDA, eu-LISA, Eurojust, Europol, FRA und Frontex.	[33] Netz der Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) – das Netz umfasst neun Agenturen: CEPOL, EASO, EIGE, EMCDDA, eu-LISA, Eurojust, Europol, FRA und Frontex.

Or. en

Änderungsantrag 157
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 105 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	105a. weist darauf hin, dass alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die Integrität der verarbeiteten Informationen im Internet zu schützen, und besteht darauf, dass die Widerstandsfähigkeit der Agenturen gegenüber Cyberangriffen oder Infiltrationsversuchen, insbesondere aus Russland oder anderen Drittländern, erhöht wird; betont, dass gemeinsame Vergabeverfahren zwischen Agenturen in diesem Bereich zu geringeren Finanzierungskosten und besseren Ergebnissen führen könnten;

Or. en

Änderungsantrag 158

Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 105 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	105a. stellt fest, dass alle Agenturen über eine Strategie für den Umgang mit Hinweisgebern verfügen; fordert alle Agenturen auf, sicherzustellen, dass sie über spezifische, sichere und wirksame Meldewege verfügen, die den einschlägigen Anforderungen der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Meldung von Missständen durch Hinweisgeber entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 159
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 105 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	105b. spricht sich dafür aus, KI-spezifische Risikobewertungen systematisch in die internen Prüfungen der Agenturen aufzunehmen, damit die ethischen Leitlinien der EU und die Normen im Bereich der Cybersicherheit eingehalten werden; fordert, dass das Mandat der ENISA erweitert wird, damit es auch eine spezifische Überwachung der Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz in den EU-Agenturen umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 160

Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Nachhaltigkeit, Umweltauswirkungen und soziale ***Inklusion***	Nachhaltigkeit, Umweltauswirkungen und soziale ***Themen***

Or. fr

Änderungsantrag 161
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 106

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
106. stellt fest, dass insgesamt 11[34] der 33 EU-Agenturen (33 %) das EU-System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) bereits umgesetzt haben; nimmt positiv zur Kenntnis, dass mehrere Agenturen proaktive Schritte unternehmen, um in naher Zukunft eine EMAS-Zertifizierung zu erhalten[35]; ***bedauert***, dass einige der Agenturen[36] mit größerem Haushaltsvolumen ihre Pläne zu einer kurzfristigen Umsetzung des EMAS nicht mitgeteilt haben;	106. stellt fest, dass insgesamt 11[34] der 33 EU-Agenturen (33 %) das EU-System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) bereits umgesetzt haben; nimmt positiv zur Kenntnis, dass mehrere Agenturen proaktive Schritte unternehmen, um in naher Zukunft eine EMAS-Zertifizierung zu erhalten[35]; ***stellt fest***, dass einige der Agenturen[36] mit größerem Haushaltsvolumen ihre Pläne zu einer kurzfristigen Umsetzung des EMAS nicht mitgeteilt haben; ***nimmt zur Kenntnis, dass die EASA derzeit Instrumente zur systematischen und kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung, darunter das EMAS, bewertet und der Entlastungsbehörde im Laufe dieses Jahres aktuelle Informationen vorlegen wird;***
[34] EBA, ECDC, ECHA, EUA, EFSA, EOIPA, EMSA, Europol, Eurofound, ETF und ESMA.	[34] EBA, ECDC, ECHA, EUA, EFSA, EOIPA, EMSA, Europol, Eurofound, ETF und ESMA.
[35] GEREK, Cedefop, eu-LISA, EUSPA	[35] GEREK, Cedefop, eu-LISA, EUSPA

und EMA.

[36] EIT, Frontex, EUAA und EASA.

und EMA.

[36] EIT, Frontex, EUAA und EASA.

Or. en

Änderungsantrag 162
Erik Marquardt
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 106 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	106a. fordert alle Agenturen auf, im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal Nachhaltigkeits- und Energieeffizienzmaßnahmen in ihre operativen Strategien aufzunehmen; fordert die Agenturen nachdrücklich auf, ihren CO_2-Fußabdruck zu verringern, indem sie Strategien für eine umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge umsetzen, erneuerbaren Energiequellen Vorrang einräumen und nachhaltige Mobilitätsoptionen für die Bediensteten fördern; fordert, dass jede Agentur einen jährlichen Umweltverträglichkeitsbericht erstellt, der klare Indikatoren für Energieverbrauch, Abfallminderung und Treibhausgasemissionen enthält;

Or. en

Änderungsantrag 163
Marit Maij, Csaba Molnár, José Cepeda, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 107

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
107. weist darauf hin, dass im (horizontalen) Bericht über die Entlastung	107. weist darauf hin, dass im (horizontalen) Bericht über die Entlastung

2022 darauf hingewiesen wurde, dass 14 Agenturen immer noch keine institutionellen Nachhaltigkeitspläne vorhalten; stellt fest, dass der Bericht des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2023 keine aktualisierten Zahlen zu diesem Thema enthielt; bekräftigt, wie wichtig es ist, dass alle Agenturen über institutionelle Nachhaltigkeitspläne verfügen;

2022 darauf hingewiesen wurde, dass 14 Agenturen immer noch keine institutionellen Nachhaltigkeitspläne vorhalten; stellt fest, dass der Bericht des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2023 keine aktualisierten Zahlen zu diesem Thema enthielt; bekräftigt, wie wichtig es ist, dass alle Agenturen über institutionelle Nachhaltigkeitspläne verfügen; ***fordert die Agenturen nachdrücklich auf, der Kommission über die Gesamtenergieeffizienz ihrer Gebäude Bericht zu erstatten;***

Or. en

Änderungsantrag 164
Marit Maij, Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 109

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
109. stellt fest, dass die Agenturen im Haushaltsjahr 2023 ein zunehmendes Engagement für Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele zeigten; stellt fest, dass die Europäische Umweltagentur (EUA) eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Berichterstattung über den Klimawandel und die Umweltleistung in der gesamten Union spielte; stellt fest, dass Agenturen wie die CINEA und die ***EUA*** bei der Umsetzung von Programmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit eine führende Rolle gespielt und zu EU-weiten Initiativen zur Verringerung ***des CO2-Fußabdrucks sowie*** zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen beigetragen haben;	109. stellt fest, dass die Agenturen im Haushaltsjahr 2023 ein zunehmendes Engagement für Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele zeigten; stellt fest, dass die Europäische Umweltagentur (EUA) eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Berichterstattung über den Klimawandel und die Umweltleistung in der gesamten Union spielte; stellt fest, dass Agenturen wie die CINEA***, die EUA*** und die ***ECHA*** bei der Umsetzung von Programmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit eine führende Rolle gespielt und zu EU-weiten Initiativen zur Verringerung ***der Treibhausgasemissionen,*** zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen ***und zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt*** beigetragen haben; ***fordert die Europäische Chemikalienagentur im Sinne der wissenschaftlichen Exzellenz auf, bei ihrer Tätigkeit das Vorsorgeprinzip***

einzuhalten, auf das in der REACH-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006) verwiesen wird, sowie die vorrangige Notwendigkeit zu achten, die Gesundheit der Menschen und die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 165
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 109

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
109. stellt fest, dass die Agenturen im Haushaltsjahr 2023 ein zunehmendes Engagement für Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele zeigten; stellt fest, dass die Europäische Umweltagentur (EUA) ***eine zentrale Rolle*** bei der Überwachung und Berichterstattung über den Klimawandel und die Umweltleistung in der gesamten Union spielte; stellt fest, dass Agenturen wie die CINEA und die EUA bei der Umsetzung von Programmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit eine ***führende*** Rolle gespielt und zu EU-weiten Initiativen zur Verringerung des CO2-Fußabdrucks sowie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen beigetragen haben;	109. stellt fest, dass die Agenturen im Haushaltsjahr 2023 ein zunehmendes Engagement für Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele zeigten; stellt fest, dass die Europäische Umweltagentur (EUA) bei der Überwachung und Berichterstattung über den Klimawandel und die Umweltleistung in der gesamten Union ***eine Rolle*** spielte; stellt fest, dass Agenturen wie die CINEA und die EUA bei der Umsetzung von Programmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit eine Rolle gespielt und zu EU-weiten Initiativen zur Verringerung des CO_2-Fußabdrucks sowie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen beigetragen haben;

Or. en

Änderungsantrag 166
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 112

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
112. stellt fest, dass von insgesamt 115 Bemerkungen des Rechnungshofs zu den Vorjahren in Bezug auf die Agenturen, die Teil dieser Entschließung sind, im Jahr 2023 insgesamt 57 abgeschlossen wurden und insgesamt 53 noch offen und fünf teilweise abgeschlossen waren; stellt fest, dass die Zahl der jeweils offenen Bemerkungen zwischen den Agenturen variiert, wobei bei einigen Agenturen keine offenen Bemerkungen vorliegen, wie es bei GEREK, EBA, ECHA, EUA, EMSA, ENISA, EU-OSHA, EUSPA und bei Eurofound der Fall ist***, während die meisten offenen Bemerkungen in Bezug auf die eu-LISA, Frontex und die ELA bestehen, und zwar mit acht, sieben bzw. fünf Bemerkungen***; fordert ***diese*** Agenturen auf, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um ***diesen*** offenen Sachverhalten Rechnung zu tragen;	112. stellt fest, dass von insgesamt 115 Bemerkungen des Rechnungshofs zu den Vorjahren in Bezug auf die Agenturen, die Teil dieser Entschließung sind, im Jahr 2023 insgesamt 57 abgeschlossen wurden und insgesamt 53 noch offen und fünf teilweise abgeschlossen waren; stellt fest, dass die Zahl der jeweils offenen Bemerkungen zwischen den Agenturen variiert, wobei bei einigen Agenturen keine offenen Bemerkungen vorliegen, wie es bei GEREK, EBA, ECHA, EUA, EMSA, ENISA, EU-OSHA, EUSPA und bei Eurofound der Fall ist; fordert ***alle*** Agenturen auf, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um ***den*** offenen Sachverhalten Rechnung zu tragen;

Or. en

Änderungsantrag 167
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 113

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
113. stellt fest, dass sich sechs der 53 offenen Bemerkungen auf ein hohes Maß an Übertragungen beziehen (ACER, ELA, EFCA, eu-LISA, FRA, Frontex); ***ist besonders besorgt darüber, dass die Bemerkung in Bezug auf Frontex seit 2018 offen ist;***	113. stellt fest, dass sich sechs der 53 offenen Bemerkungen auf ein hohes Maß an Übertragungen beziehen (ACER, ELA, EFCA, eu-LISA, FRA, Frontex);

Or. en

Änderungsantrag 168

Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 113

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
113. stellt fest, dass sich sechs der 53 offenen Bemerkungen auf ein hohes Maß an Übertragungen beziehen (ACER, ELA, EFCA, eu-LISA, FRA, Frontex); ***ist besonders besorgt darüber, dass die Bemerkung in Bezug auf Frontex seit 2018 offen ist;***	113. stellt fest, dass sich sechs der 53 offenen Bemerkungen auf ein hohes Maß an Übertragungen beziehen (ACER, ELA, EFCA, eu-LISA, FRA, Frontex);

Or. en

Änderungsantrag 169
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 116

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
116. stellt fest, dass die ACER seit 2019 Zeitarbeitskräfte eingesetzt hatte, die langfristige Aufgaben wahrnahmen, um einen Mangel an direkt beschäftigten Mitarbeitern auszugleichen; ***fordert die Kommission auf, zusätzliche Planstellen für Statutspersonal bereitzustellen;***	116. stellt fest, dass die ACER seit 2019 Zeitarbeitskräfte eingesetzt hatte, die langfristige Aufgaben wahrnahmen, um einen Mangel an direkt beschäftigten Mitarbeitern auszugleichen;

Or. fr